

Geschichtspolitik in Schleswig-Holstein nach 1945 (im Vergleich mit Südjütland)

Zusammenfassung

Dieses Forschungsprojekt beabsichtigt, die Zielsetzungen und Funktionen, Wirkungsmechanismen und Methoden sowie die Erfolge und Eindringtiefe von Geschichtspolitik zu untersuchen. Unter Geschichtspolitik wird das gezielte politische Bemühen verstanden, ein gewolltes und gewünschtes Geschichtsbild zu konstruieren und politisch zu nutzen. Es geht damit um die von bestimmten gesellschaftlichen Kräften geförderte Implantation der für richtig und gut befundenen Sichtweise von der Vergangenheit in das Bewusstsein der Bevölkerung und um den Versuch, dieser Sichtweise Allgemeingeltung zu verschaffen, mit dem Ziel, diese politisch zu instrumentalisieren.¹

Analysiert werden zu diesem Zweck das Handeln staatlicher und nicht-staatlicher Organisationen sowie anderer geschichtspolitischer Akteure, wie z.B. der politischen Parteien, der Landeszentrale für Politische Bildung, von Heimatverbänden und Geschichtsvereinen, von Schulen und Hochschulen sowie anderen geschichtlichen Bildungsinstitutionen in Schleswig-Holstein (und Südjütland). In dem Projekt soll nicht nur danach gefragt werden, wer welche historischen Ereignisse für jeweils welche politischen Zielsetzungen zu nutzen versuchte, sondern auch, in welchem Maße die intendierte Wirkung tatsächlich erzielt wurde. Damit wird der – bislang eher vernachlässigte – wirkungsgeschichtliche Aspekt von Geschichtspolitik besonders betont.

Es geht also

1. um die Konstruktionen und die Konstrukteure von politisch relevanten Geschichtsbildern,
2. um die Implantation dieser Geschichtsbilder in die Gesellschaft, um die Kommunikation, um die Transporteure und die Medien, derer sie sich dabei bedienen,
3. um die Rezeption dieser Geschichtsbilder sowie um die Mechanismen ihrer direkten Übernahme, Umdeutung und Recodierung an der gesellschaftlichen Basis und
4. um die (lang- und kurzfristigen) Wirkungen von Geschichtspolitik.

Im Gegensatz zur Mehrzahl der bereits vorliegenden Studien zum Thema Geschichtspolitik und Erinnerungskultur wird in diesem Projekt kein rein nationaler Zugang gewählt. Dieser soll vielmehr durch einen regionalen oder landesgeschichtlichen Zugang und durch eine transnationale Perspektive, die Schleswig-Holstein und das dänische Südjütland umfasst,

¹ Vgl. Wolfrum, Edgar: Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948-1990, Darmstadt 1999; Ders.: Geschichte als Waffe. Vom Kaiserreich zur Wiedervereinigung, Göttingen 2001; Ders.: Geschichte als Politikum – Geschichtspolitik, in: NPL 41 (1996), S. 376-401. Dort auch eine gelungene Analyse der bis zu diesem Zeitpunkt erschienenen Literatur. Ferner: Wehler, Hans-Ulrich: Politik in der Geschichte, München 1998; Seyboldt, Dietrich: Geschichtskultur und Konflikt. Historisch-politische Kontroversen in Gesellschaften der Gegenwart, Bern u.a. 2004.

ergänzt, erweitert und aufgebrochen werden.² Das Projekt will damit, neben der regionalen Perspektive, auch die den nationalen Raum übergreifende politische Inanspruchnahme von Geschichte herausarbeiten. Es will ihre Kontinuitäten oder Diskontinuitäten analysieren, ihre jeweiligen Veränderungen und Brüche zeigen, ihre Mechanismen aufdecken und schließlich ihre Wirkungen und ihre Nachhaltigkeit untersuchen.³ Dabei sollen insbesondere die neueren Ansätze der Regionalforschung, der historischen „border studies“⁴ sowie der soziologischen Raumforschung⁵ genutzt werden.

Das Projekt nimmt zu diesem Zweck nicht nur geographische, sondern auch inhaltlich-thematische Eingrenzungen vor. Im Mittelpunkt soll das Thema Nationalsozialismus und der geschichtspolitische Umgang mit diesem Abschnitt der Vergangenheit stehen. Dabei wird sich das Projekt der Bedeutung und den Einflüssen anderer historischer Perioden jedoch keinesfalls verschließen.

Nähere Erläuterungen

Der Sinn oder die generelle Legitimität einer staatlich gelenkten Geschichtspolitik, die auf die Konstruktion und Verfestigung spezifischer Identitätsmuster ausgerichtet ist, soll hier nicht erneut diskutiert werden. Auch geht es nicht um eine bloße Ergänzung bereits vorliegender Analysen durch einige bisher wenig beachtete, regionalgeschichtliche Fakten. Die Ausrichtung auf den Raum Schleswig-Holstein und Südjütland dient vielmehr als ein methodisches Prisma, durch das sich – ausgehend von der großen Bedeutung, die neuere Forschungen dem Lokalen, dem Regionalen und dem Transnationalen zugeschrieben haben⁶ – allgemeine Tendenzen der neuesten Geschichte (und ihrer Wahrnehmung und „Nutzung“) schärfer erkennen lassen. Grenzregionen eignen sich im besonderen Maße dafür, Aspekte von Territorialisierung, aber auch von deren Überwindung zu untersuchen. Geschichtspolitik

² Zur Einführung in die Problematik vgl. Werner, Michael/Zimmermann, Bénédicte: Vergleich, Transfer, Verflechtung. Der Ansatz der Histoire croisée und die Herausforderung des Transnationalen, in: GG 28 (2002), S.606-636. Ferner: Conrad, Sebastian: Doppelte Marginalisierung. Plädoyer für eine transnationale Perspektive auf die deutsche Geschichte, in: GG 28 (2002), S.145-169; Budde, Gunilla/Conrad, Sebastian/Janz, Oliver (Hrsg.): Transnationale Geschichte. Themen, Tendenzen und Theorien, Göttingen 2006.

³ Vgl. dazu Witt, Reimer (Hrsg.): Im Spannungsfeld zwischen Regional- und Landesgeschichte, Schleswig 2003 und Pohl, Karl Heinrich (Hrsg.): Regionalgeschichte heute. Das Flüchtlingsproblem in Schleswig-Holstein nach 1945, Bielefeld 1997.

⁴ Einführend Stanford Friedman, Susan: Das Sprechen über Grenzen, Hybridität und Performativität, in: Mittelweg 36 (2003), S. 34-52. Zu Schleswig-Holstein: Petri, Rolf: Nordschleswig und Südtirol. „Heimat“ im Kontext multipler Identitäten (1815-1945), in: Michael G. Müller/Rolf Petri (Hrsg.): Die Nationalisierung von Grenzen. Zur Konstruktion nationaler Identität in sprachlich gemischten Grenzregionen, Marburg 2002, S. 161-197 und Migdal, Joel S. (Hrsg.): Boundaries and belonging. States and societies in the struggle to shape identities and local practices, Cambridge 2004.

⁵ Vgl. dazu Schroer, Markus: Räume, Orte, Grenzen. Auf dem Weg zu einer Soziologie des Raums, Frankfurt 2006; Löw, Martina: Raumsoziologie. Frankfurt/M. 2001; Berking, Helmuth (Hrsg.): Die Macht des Lokalen in einer Welt ohne Grenzen, Frankfurt/M. 2006 und Geisen, Thomas/Karcher, Allen (Hrsg.): Grenze: sozial – politisch – kulturell. Ambivalenzen in den Prozessen der Entstehung und Veränderung von Grenzen, Frankfurt/M. 2003.

⁶ Reulecke, Jürgen: Von der Landesgeschichte zur Regionalgeschichte, in: Geschichte im Westen 6 (1991), S. 202-208; Weisbrod, Bernd: Region und Zeitgeschichte. Das Beispiel Niedersachsen, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Geschichte 68 (1996), S. 91-105 und Applegate, Celia: A Europe of Regions: Reflections on the Historiography of Sub-National Places of Modern Time, in: American Historical Review 104 (1999), S. 1157-1182.

wiederum spielt wegen ihrer identitätsstiftenden Funktion in diesen Prozessen eine besondere Rolle.

Wegen dieser speziellen Zielsetzung nimmt das Projekt auch eine inhaltlich-thematische Eingrenzung vor. Im Mittelpunkt steht das Thema Nationalsozialismus und der geschichtspolitische Umgang mit diesem Abschnitt der Vergangenheit, der die Politik und die Geschichtsforschung in Deutschland und Dänemark – in je verschiedener Weise – nach 1945 in hohem Maß berührte. Es geht also um die Frage, in welcher Art und Weise die Zeit des Nationalsozialismus im Geschichtsbewusstsein der Bevölkerung verankert war (und ist), wie dieses Bewusstsein zustande kam und welche Rolle Staat und Politik dabei spielten. Gefragt werden soll, inwieweit (und mit welchem Erfolg) der politische und staatliche Rekurs auf die Geschichte des Nationalsozialismus zur Formung und Stabilisierung einer speziellen Landesidentität diente und damit als politisches Instrument zur Stabilisierung der Herrschaft und zur Integration der verschiedenen Bevölkerungsgruppen und –schichten des jeweiligen Landes eingesetzt wurde.

Das Projekt geht von der These aus, dass dem Umgang mit der Zeit des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein eine zentrale Rolle für die Konstruktion und Verankerung einer landesspezifischen Identität nach 1945 zukam. Schleswig-Holstein war eine Region, deren Bevölkerung besonders intensiv und früh dem Nationalsozialismus zuneigte und die nach 1945 nur beschränkt zu einer kritischen Auseinandersetzung bereit war. Dies wurde zum einen durch die Tatsache begünstigt, dass das Land nach dem Kriege schon sehr bald mit großen Herausforderungen – so etwa mit der Integration von etwa 1,2 Millionen Flüchtlingen – konfrontiert wurde.⁷ Zum anderen bewirkte das rasche und starke Anwachsen der dänischen Minderheit im Landesteil Schleswig eine enorme Steigerung des deutschen „Grenznationalismus“, der Dänemark einen systematisch geplanten „Landraub“ unterstellte. Dadurch wurde eine intensive und kritische Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus sowie mit der völkerrechtswidrigen Besetzung Dänemarks vermieden. Fazit: Das einigende Element der (offiziellen) Geschichtspolitik bestand lange Zeit im gemeinsamen Vergessen, im Marginalisieren oder in der Verharmlosung des Nationalsozialismus.

Im Gegensatz zu Schleswig-Holstein war Dänemark Opfer der nationalsozialistischen Politik. Trotzdem erklärte der dänische Ministerpräsident bereits im Mai 1945, dass sein Land am Prinzip des nationalen Selbstbestimmungsrechts festhalten werde und die deutsch-dänische Grenze nicht verändern wolle.⁸ Er erklärte dies,⁹ obwohl die Mehrheit der Südschleswiger zu erkennen gab, dass sie einen Anschluss an Dänemark wünschte und ebenfalls eine Mehrheit der dänischen Bevölkerung eine Verschiebung der Grenze nach Süden, möglichst bis zur Eider, befürwortete.¹⁰ Tatsächlich hat jedoch weder eine dänische Regierung noch das

⁷ Vgl. Danker, Uwe/Schwabe, Astrid: Schleswig-Holstein und der Nationalsozialismus, Neumünster 2005, S. 166; Pohl, Karl Heinrich (Hrsg.): Regionalgeschichte heute. Das Flüchtlingsproblem in Schleswig-Holstein nach 1945, Bielefeld 1997.

⁸ Vgl. zur Problematik nur: Henningsen, Lars N./Klatt, Martin/Kühl, Jørgen: SSW Dansksindet politik i Sydslesvig 1945-1998, Studiefdelingen ved Dansk Centralbibliotek for Sydslesvig, Flensburg 1998 und Klatt, Martin: Ein schleswigisches Volk. Das nationale Selbstverständnis der dänischen Minderheit und ihr Bild vom „Deutschen“ unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Schwensen, Broder/Paul, Gerhard/Wulf, Peter (Hrsg.): Lange Schatten. Ende der NS Diktatur und frühe Nachkriegsjahre in Flensburg, Flensburg 2000, S. 287-310.

⁹ Erklärung der Regierung des Sozialdemokraten Vilhelm Buhl vom 9. Mai 1945.

¹⁰ Noack, Peter Johann: Det sydslesvigske graense-spoegsmal 1945-1947, Aabenraa 1991.

Folketing jemals *offiziell*¹¹ eine Revision der Grenzziehung von 1920 verlangt, auch wenn sie in dieser Frage hart bedrängt wurde.¹²

Auf der einen Seite sah sich die dänische Regierung in dem deutschen Landesteil Schleswig plötzlich einem Ansturm von „deutschen Neudänen“ ausgesetzt, die sich zum Dänentum bekannten. Die dänische Minderheit in Schleswig-Holstein erhöhte sich dadurch von 2.700 Personen am Ende des Krieges auf 62.000 Ende des Jahres 1946. Dasselbe Südschleswig, das 1920 noch zu 80% deutsch gestimmt und 1932/1933 zu 60-70% NSDAP gewählt hatte, wollte nun offenbar plötzlich dänisch werden.¹³ Hier wurde – wie Martin Klatt zutreffend feststellt – ein neuer nationaler Konflikt geradezu konstruiert, der sich vehement gegen die moderate offizielle dänische Regierungspolitik richtete.¹⁴

Auf der anderen Seite barg auch der Umgang mit der deutschen Minderheit in Dänemark erhebliche Probleme. Diese Minderheit befand sich zwar nach 1945 zahlenmäßig, aber auch moralisch und materiell auf einem Tiefpunkt. Trotzdem aber erstarkte sie schon nach kurzer Zeit. Das hing u.a. damit zusammen, dass es von Seiten der Dänen zu keinen kollektiven (wohl aber zu jeweils individuellen) Bestrafungen oder systematischer Gewalt gegenüber der deutschen Minderheit kam, obgleich dies wegen der Unterstützung des Nationalsozialismus und der deutschen Besatzungsmacht sowie dem ständigen Wunsch nach „Grenzkorrekturen“ durchaus vorstellbar gewesen wäre.¹⁵ Dänemark hat – entgegen der deutschen Propaganda – der deutschen Minderheit seit 1920 alle staatsbürgerlichen Rechte zugestanden und deren Entfaltung kaum behindert.¹⁶ Gerade wegen dieses moderaten Verhaltens war es für die Regierung wichtig, ihre gemäßigte Politik historisch zu untermauern und dadurch zu legitimieren.

Der deutschen (oder der speziell schleswig-holsteinischen) Geschichtspolitik steht eine dänische Geschichtspolitik gegenüber, die in wichtigen Aspekten mit vergleichbaren Problemkreisen befasst war. Diese Probleme scheinen aber politisch und auch geschichtspolitisch z.T. ganz anders gedeutet, und mit anderen Mitteln und Intentionen betrieben worden zu sein. Vor allem aber scheint es in Dänemark seit 1945 lange Zeit eine relativ kontinuierliche geschichtspolitische Entwicklung ohne gravierende Paradigmenwechsel gegeben zu haben. Erst seit etwa Mitte der 90er Jahre scheint hier eine gravierende Wandlung einzutreten. Seitdem wird der historiographische Umgang mit der Besatzungszeit z.T. massiv kritisiert und es sind einige Darstellungen erschienen, die sich sehr

¹¹ Hinzuweisen ist allerdings darauf, dass die dänische Regierung bis ins Jahr 1948 hinein aktiv die Forderungen der dänischen Minderheit nach der Abtrennung Südschlewigs von Holstein förderte. Vgl. Klatt, Martin: *Flygtningene og Sydslesvigs danske bevaegelse*, Flensburg 2001.

¹² Vgl. demgegenüber die Ausführungen des Fraktionssprechers der CDU, Karl Schröter, zur Regierungserklärung vom 2. Dezember 1946: „... Die dänische Regierung hat heute den Beweis erbracht, [...] dass sie offen Loslösungsbestrebungen an der Nordgrenze unterstützt [...] Die heutige amtliche dänische Politik ist imperialistisch und aggressiv. Sie ist bar jeder Menschlichkeit gegenüber den Heimatlosen [...]“, zit. nach: Jürgensen, Kurt: *Die Gründung des Landes Schleswig-Holstein nach dem Zweiten Weltkrieg. Der Aufbau der demokratischen Ordnung in Schleswig-Holstein unter dem ersten Ministerpräsidenten Theodor Steltzer 1945-1947*, Neumünster 1969, S. 74.

¹³ Klatt, Martin: *Die dänische Minderheit in Schleswig-Holstein 1945-1955. Heimatbewegung – Speckdänen – Flüchtlingsfeine?*, in: Kühl, Jørgen/Bohn, Robert (Hrsg.): *Ein europäisches Modell? Nationale Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzland 1945-2005*, Bielefeld 2005, S. 109-125, hier: S. 111f.

¹⁴ In der Anwesenheit so vieler Vertriebener und Flüchtlinge sah Dänemark allerdings eine erhebliche Bedrohung der bestehenden Grenze (Oktobernote von 1946) und wünschte daher die baldige Entfernung der Zuwanderer aus dem Landesteil Schleswig. Dies aber lehnten die Briten ab.

¹⁵ Tägil, Sven: *Deutschland und die deutsche Minderheit in Nordschleswig. Eine Studie zur deutschen Grenzlandpolitik 1933-1939*, Stockholm 1970. *Zur Schleswigschen Partei*: Toft, Gösta: *Die Schleswigsche Partei 1945-2005*, in: Kühl/Bohn (Hrsg.), *Ein europäisches Modell?*, 2005, S. 126-141.

¹⁶ Nur diejenigen ihrer Mitglieder, die – obwohl sie dänische Staatsbürger waren – mit der deutschen Besatzungsmacht zusammengearbeitet hatten, wurden einem Gerichtsverfahren unterzogen.

selbstkritisch mit dänischer Kollaboration (z.B. der Wirtschaft) und den Attacken gegen dänische Geliebte deutscher Soldaten auseinandersetzen.¹⁷ Damit steht für die Untersuchung Schleswig-Holsteins eine Folie zur Verfügung, die es gilt, in alle Überlegungen einzubeziehen und für das Projekt fruchtbar zu machen.¹⁸ Sie ermöglicht, eine verengte (deutsch) nationale und (deutsch) regionale Sichtweise zu überwinden und bis zur grundsätzlichen Problematik von Geschichtspolitik im europäischen Kontext vorzudringen.¹⁹

Für eine Untersuchung der staatlichen Geschichtspolitik, ihrer Kontinuitäten, aber auch ihrer möglichen Brüche sowie ihrer Nachhaltigkeit bietet sich Schleswig-Holstein ebenfalls in hervorragender Weise an. Vor allem am politischen Wechsel Ende der 80er kann gezielt untersucht werden, ob vielleicht und – wenn ja – wie ein Paradigmenwechsel in der Bewertung des und der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus stattgefunden hat und welche Tiefenwirkung die bis dahin staatlich betriebene Geschichtspolitik besaß. Es geht dabei also um die häufig vernachlässigte, aber schwer zu untersuchende Rezeption von Geschichtspolitik. An diesem Beispiel könnte sich jedoch mit einigem Erfolg untersuchen lassen, ob ein gewollter Wandel tatsächlich Konsequenzen im Geschichtsbewusstsein der Bevölkerung erzielen kann.

Dabei ist allerdings immer zu berücksichtigen, dass (mögliche) Veränderungen nicht nur mit dem (politischen) Wechsel und einer veränderten Geschichtspolitik in Schleswig-Holstein zusammenhängen, sondern auch Ausdruck eines allgemeinen (nationalen) Trends, einer generellen Stimmungsänderung sein könnten: Die 80er Jahre gelten ganz allgemein als der Zeitraum, an dem republikweit große Veränderungen in Geschichtspolitik und Erinnerungskultur eintraten.²⁰ Diese Veränderungen waren aber zweifellos nicht nur eine Frage des politischen Lagers und regionaler Spezifika, sondern auch eine Generationenfrage. Zu vermuten ist zudem, dass über die regionale und nationale Perspektive hinaus, der wachsende Ost-West-Gegensatz in den 50er Jahren, die Billigung des deutschen NATO Eintritts durch Dänemark im Jahre 1955 sowie die wachsende Integration der europäischen Staaten einen erheblichen Einfluss auf die Bewertung der deutsch-dänischen Grenzfragen gehabt hat.²¹ Ohne diesen Einfluss wäre etwa die Bonn-Kopenhagener Erklärung vom März 1955, die die *juristischen* Rechte der Minderheiten klärte, sicherlich nicht so schnell zustande gekommen.²² Angesichts dieser Ausgangslage – und unter Berücksichtigung der geopolitischen Veränderungen - kann die Untersuchung damit auch einen Beitrag zur

¹⁷ Stræde, Therkel: Dänemark. Die schwierige Erinnerung an Kollaboration und Widerstand, in: Flacke, Monika (Hrsg.): Mythen der Nationen. 1945 - Arena der Erinnerungen, 2 Bde., Berlin 2005, S. 123-150; Drolshagen, Ebba: „Nicht ungeschoren davonkommen“. Das Schicksal der Frauen in den besetzten Ländern, die Wehrmachtssoldaten liebten, Hamburg 1998.

¹⁸ Vgl. dazu Jessen-Klingenberg, Manfred: Im Spannungsfeld einer Nachbarschaft. Beiträge zu den deutsch – dänischen Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert, in: Ders./Hansen, Reimer/Leppien, Jörn P. (Hrsg.): Standpunkte zur neueren Geschichte Schleswig-Holsteins, Malente 1998, S. 15-132.

¹⁹ Vgl. dazu etwa Flacke, Monika (Hrsg.): Mythen der Nationen. 1945.; Speth, Rudolf/Wolfrum, Edgar (Hrsg.): Politische Mythen und Geschichtspolitik. Konstruktion – Inszenierung – Mobilisierung, Berlin 1996; Cornelißen, Christoph/Holec, Roman/Pešek, Jiří (Hrsg.): Diktatur – Krieg – Vertreibung. Erinnerungskulturen in Tschechien, der Slowakei und Deutschland seit 1945, Essen 2005; Lässig, Simone: Vom historischen Fluchtpunkt zur transnationalen Metapher. Holocaust-Erinnerungen in Museen zwischen Geschichte und Moral, in: Hartung, Olaf (Hrsg.): Museum und Geschichtskultur. Ästhetik – Politik – Wissenschaft, Bielefeld 2006, S. 184-210.

²⁰ Vgl. Kirsch, Jan-Holger, „Wir haben aus der Geschichte gelernt“. Der 8. Mai als politischer Gedenktag in Deutschland, Köln 1999; vgl. auch Moller, Sabine: Vielfache Vergangenheit. Öffentliche Erinnerungskulturen und Familienerinnerungen an die NS-Zeit in Ostdeutschland, Tübingen 2003.

²¹ Vgl. dazu Fischer, Karl Rudolf/Schulz, Kurt: Vom Kanon der Kulturen. Minderheiten- und Volksgruppenpolitik in Schleswig-Holstein als Architektur des Friedens, Husum 1998

²² Höffken, Martin: Die „Kieler Erklärung“ vom 26. September 1949 und die „Bonn-Kopenhagener Erklärungen vom 29. März 1955 im Spiegel deutscher und dänischer Zeitungen. Regierungserklärungen zur rechtlichen Stellung der dänischen Minderheit in Schleswig-Holstein in der öffentlichen Diskussion, Frankfurt/M. u.a. 1994.

generellen Problematik der Beharrungskraft oder aber der Veränderungsfähigkeit von Geschichtspolitik beeinflussten Mentalitäten leisten.²³

Stand der Forschung

Das Projekt ist in den Forschungszusammenhang der modernen Kultur- und Mentalitäts-, zugleich aber auch einer Politikgeschichte einzuordnen, die sich als Kulturgeschichte des Politischen versteht.²⁴ Mit dem Paradigmenwechsel von der Gesellschaft hin zum Gedächtnis,²⁵ zur Geschichts- und Erinnerungskultur geht es in der Forschung gegenwärtig nicht mehr nur um die Analyse und Bewertung historischer Ereignisse, politischer Entscheidungen oder ökonomischer Zusammenhänge, sondern auch darum, wie diese Ereignisse erinnert, wie Geschichte gedeutet und politisch genutzt wurde.

Die Forschung hat herausgearbeitet, dass in Europa *historisch* orientierte Argumentationslinien eine bedeutende Rolle gespielt haben, um nach dem Ende des Nationalsozialismus neue politische Ordnungen zu festigen, kulturelle Identitäten zu fördern – und was Deutschland angeht – ein deutsches Nationalbewusstsein herzustellen (oder dieses zu fördern) sowie eine neue demokratisch politisch kulturelle Grundlage zu vermitteln.²⁶ Diese allmähliche Konstruktion durch eine „interpretierende Vergegenwärtigung“²⁷ des Nationalsozialismus hat einen langen Zeitraum benötigt und scharfe Kontroversen hervorgerufen. Sie ist jedoch allmählich fast in einen Konsens gemündet.²⁸ Zu Recht wird diese Übereinstimmung vielfach als eine wesentliche Vorbedingung für ein neues nationales Selbstverständnis im Deutschland des 21. Jahrhunderts aufgefasst.

Ähnliches gilt für die Bundesländer: Auch dort haben viele Regierungen historische Argumentationen benutzt, um ihre Gründung und Existenz zu legitimieren. Sie hofften dadurch eine kollektive Identität der Bevölkerung zu fördern, kurzum: ein neues „Landesbewusstsein“ zu schaffen.²⁹ Aus diesem Grunde wurde etwa in Sachsen nach 1989, die alte und fast verschüttete Landestradiation aufnehmend, von den Beamten die Liebe zur

²³ Zur Beharrungskraft von Mentalitäten vgl. vor allem Rohe, Karl: Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt/M. 1992.

²⁴ Vgl. dazu Mergel, Thomas: Das Scheitern des deutschen Tory-Konservatismus. Die Umformung der DNVP zu einer rechtsradikalen Partei 1928-1932, in: HZ 276 (2003), 323-368; Ders.: Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik, in: GG 28 (2002), S. 574-606; Welskopp, Thomas/Mergel, Thomas (Hrsg.): Geschichte zwischen Kultur und Gesellschaft. Beiträge zur Theoriedebatte, München 1997.

²⁵ Diner, Dan: Von „Gesellschaft zu Gedächtnis“ – Über historische Paradigmenwechsel, in: Ders.: Gedächtniszeiten. Über jüdische und andere Geschichte, München 2003, S. 7-15.

²⁶ Vgl. dazu bereits 1979 Lübke, Hermann: Zur Identitätspräsentationsfunktion von Historie, in: Marquard, Odo/Stierle, Karlheinz (Hrsg.): Identität, München 1979, S. 277-292.

²⁷ Rüsen, Jörn: Holocaust, Erinnerung, Identität- Drei Formen generationeller Praktiken des Erinnerns, in: Welzer, Harald (Hrsg.): Das soziale Gedächtnis. Geschichte, Erinnerung, Tradierung, Hamburg 2004, S. 243-259, hier: S. 243.

²⁸ Vgl. hierzu Wilckens, Ulrich: Der öffentliche Gebrauch der Geschichte, in: Wiebe, Hans-Hermann (Hrsg.): Die Gegenwart der Vergangenheit. Historikerstreit und Erinnerungsarbeit, Bad Segeberg 1989, S. 107-115. Wolfrum, Edgar: Gebhardt. Handbuch der deutschen Geschichte. Band 23: Die Bundesrepublik Deutschland 1949-1990, Stuttgart 2005.

²⁹ Vgl. Kaschuba, Wolfgang: Geschichtspolitik und Identitätspolitik. Nationale und ethnische Diskurse im Kulturvergleich, in: Binder, Beate/Kaschuba, Wolfgang/Niedermüller, Peter (Hrsg.): Inszenierung des Nationalen. Geschichte, Kultur und die Politik der Identitäten am Ende des 20. Jahrhunderts, Köln 2001, S. 19-42.

„sächsischen Heimat“ verpflichtend im Dienstleid verlangt³⁰, dies in bewusster Abgrenzung zur Geschichte in der DDR. Insbesondere die neu geschaffenen Bundesländer, die wie Nordrhein-Westfalen oder auch Niedersachsen nach dem Kriege aus ganz unterschiedlichen Traditionen stammenden Landesteilen zusammengefügt wurden und sehr viele Neubürger integrieren mussten, besaßen einen besonderen Bedarf für eine solche Art „instrumentalisierter Geschichte“.

Auch auf regionaler Ebene, also einer unterhalb der Länder angesiedelten, meist überschaubaren räumlichen Größe (wie etwa das „Wendland“), stellte vielfach eine suggerierte und politisch genutzte „gemeinsame“ Geschichte den Kitt dar, durch den eine solche Region sich überhaupt erst als politisches und gesellschaftliches Subjekt definiert, um nach innen *und* außen geschlossen und einheitlich wirken zu können.³¹ Dies gelang in der Regel am besten durch eine – scheinbar historisch begründete – Abgrenzung gegen „andere“, außerhalb der eigenen Region liegende Räume. Ziel einer solchen Politik war es auch hier, unter Rückgriff auf „historische Bezüge“ ein „Heimat- und Gemeinsamkeitsgefühl“ zu konstruieren, ein gemeinsames Bewusstsein herzustellen, um damit eine – auch politisch wirkende – stabile innere Solidarität aufbauen zu können.³²

Als Ergebnis des oben beschriebenen Forschungstrends liegt eine Reihe hervorragender Untersuchungen sowohl zur Geschichtspolitik im internationalen Vergleich,³³ zur Bundesrepublik Deutschland und der DDR,³⁴ zu einzelnen Bundesländern als auch verschiedenen Regionen vor.³⁵ Für Schleswig-Holstein (sowie auch für Dänemark) gibt es

³⁰ Artikel 101 der Verfassung des Freistaates Sachsen. Vgl. dazu Voit, Hartmut: Regionale Identität im vereinigten Deutschland: Chancen und Probleme, in: Lässig, Simone/Pohl, Karl Heinrich (Hrsg.): Sachsen im Kaiserreich. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im Umbruch, Köln 1997, S. 395-410.

³¹ Vgl. dazu Applegate, Celia: A Nation of Provincials. The German Idea of Heimat, Los Angeles 1990; Kopitzsch, Franklin: Regionalgeschichte und „Rekonstruktion historischer Lebenswelten“, in: Witt, Reimer (Hrsg.): Im Spannungsfeld zwischen Regional- und Landesgeschichte, Schleswig 2003, S. 79-90; Pohl, Karl Heinrich: Im Spannungsfeld zwischen Landes- und Regionalgeschichte, in: ebenda, S. 7-18; Ders.: Moderne Landesgeschichte heute, in: Demokratische Geschichte – Jahrbuch zur Arbeiterbewegung und Demokratie in Schleswig-Holstein 11 (1998), S. 281-289.

³² Vgl. dazu Cremer, Willy/Klein, Ansgar (Hrsg.): Heimat, 2 Bde., Bielefeld/ Bonn 1990.

³³ Binder, Beate/Kaschuba, Wolfgang/Niedermüller, Peter (Hrsg.): Inszenierungen des Nationalen. Geschichte, Kultur und die Politik der Identitäten am Ende des 20. Jahrhunderts, Köln/Weimar 2000; Zimmerer, Jürgen (Hrsg.): Verschweigen - erinnern - bewältigen: Vergangenheitspolitik nach 1945 in globaler Perspektive, Leipzig 2004; Cornelißen, Christoph/Holec, Roman/Pešek, Jiří (Hrsg.): Diktatur - Krieg - Vertreibung: Erinnerungskulturen in Tschechien, der Slowakei und Deutschland seit 1945, Essen 2005; Ders. (Hrsg.): Erinnerungskulturen: Deutschland, Italien und Japan seit 1945, 2. Aufl., Frankfurt/M. 2004.

³⁴ Assmann, Aleida/Frevert, Ute: Geschichtsvergessenheit – Geschichtsversessenheit. Was kommt nach schuld und Scham, Stuttgart 1999; Reichel, Peter: Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur von 1945 bis heute, München 2001; Bock, Petra/Wolfrum, Edgar (Hrsg.): Umkämpfte Vergangenheit, Göttingen 1999; Cornelißen, Christoph: Geschichtswissenschaft und Politik im Gleichschritt? Zur Geschichte der deutschen Geschichtswissenschaft im 20. Jahrhundert, in: NPL 42 (1997), S. 270-304; Frei, Norbert: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1996; Ders.: 1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewusstsein der Deutschen, München 2005; Jarausch, Konrad H. (Hrsg.): Verletztes Gedächtnis. Erinnerungskultur und Zeitgeschichte im Konflikt, Frankfurt/M. 2002; Schöttler, Peter (Hrsg.): Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft 1918-1945, Frankfurt/M. 1997; Winkler, Heinrich August (Hrsg.): Griff nach der Deutungsmacht. Zur Geschichte der Geschichtspolitik in Deutschland, Göttingen 2004; Sabrow, Martin (Hrsg.): Verwaltete Vergangenheit: Geschichtskultur und Herrschaftslegitimation in der DDR, Leipzig 1997; Ders.: Geschichte als Herrschaftsdiskurs. Der Umgang mit der Vergangenheit in der DDR, Köln u.a. 1999; Leonhard, Nina: Politik- und Geschichtsbewusstsein im Wandel: die politische Bedeutung der nationalsozialistischen Vergangenheit im Verlauf von drei Generationen in Ost- und Westdeutschland, Münster 2002; Neuhaus, Friedemann: Geschichte im Umbruch: Geschichtspolitik, Geschichtsunterricht und Geschichtsbewusstsein in der DDR und den neuen Bundesländern, Frankfurt/M. 1998.

³⁵ Schuster, Armin: Die Entnazifizierung in Hessen 1945 - 1954: Vergangenheitspolitik in der Nachkriegszeit, Wiesbaden 1999; Niethammer, Lutz: Die Mitläuferfabrik. Die Entnazifizierung am Beispiel Bayerns. 2. Aufl., Bonn 1982.; van Melis, Damian: Entnazifizierung in Mecklenburg-Vorpommern. Herrschaft und Verwaltung

jedoch keinerlei adäquate Analysen, weder aus regionalgeschichtlicher noch aus national und international vergleichender Perspektive.³⁶

Diese „Zurückhaltung“ hängt u.a. damit zusammen, dass Schleswig-Holstein, im Unterschied zu den Länderneugründungen, eine Jahrhunderte alte eigene Tradition zu besitzen scheint. Eine staatliche „Geschichtspolitik“ mit dem Ziel, die Einheit des Territoriums herzustellen oder zu befestigen, schien daher nicht notwendig. Diese Vernachlässigung hat jedoch ein wichtiges Erkenntnispotential verschüttet, denn in Schleswig-Holstein hat sich die „Landestradiation“ in sehr unterschiedlichen staatlichen Formen und unter verschiedener nationaler Herrschaft entwickelt. Die einheitliche staatliche Existenz des geographischen Raumes Schleswig-Holstein war deshalb nie so unbestritten und keineswegs so gesichert, wie etwa die Bayerns³⁷ oder Sachsens (nach 1815 und vor 1952). Auch die Zugehörigkeit des alten Herzogtums Schleswig, das 1920 geteilt wurde, und des daraus hervorgegangenen heutigen Landesteils Schleswig zu Deutschland stellte lange Zeit ein wesentliches Problem dar. Eine Notwendigkeit zur inneren Stabilisierung auch durch staatliche Geschichtspolitik war daher durchaus gegeben.

Das spezielle schleswig-holsteinische „Landesbewusstsein“ ist vor allem durch den Aspekt einer ständig wahrgenommenen Gefährdung von außen, durch die dänischen „Nachbarn“, geprägt worden. Diese Wahrnehmung ist vom Nationalsozialismus gezielt aufgenommen und instrumentalisiert worden; sein scheinbares Eingehen auf die Ängste eines Großteils der Bevölkerung hat ihn besonders attraktiv gemacht, nach 1945 einen kritischen Umgang mit ihm eher verhindert und zugleich die spätere offizielle und inoffizielle Geschichtspolitik über die Rolle des Nationalsozialismus maßgeblich mitbestimmt und seine Verharmlosung erleichtert.³⁸

Hinzu kommt ein weiteres: Der gegenwärtige „Erinnerungsboom“ wird auch durch sich bislang in den Geschichtswissenschaften „unterrepräsentiert“ fühlenden Minderheiten aller Art eingefordert; Minderheiten, die sich „im Gegensatz oder im Teilwiderspruch zu den so genannten ‚Meistererzählungen‘ übergeordneter Kollektive begreifen“.³⁹ Es geht um eine verstärkte Pluralität in der Erinnerungskultur, gegen die eine, „richtige“ und verordnete historische Deutung, um eine Demokratisierung der Erinnerung. Gerade in solchen Gebieten wie in Südjütland und in Schleswig-Holstein ist die kollektive Verbindlichkeit der geschichtspolitischen Setzungen besonders umstritten und umkämpft. Diese, über die nationalen Grenzen hinausragende Gesamtregion mit ihren verschiedenen Nationalitäten und mit ihren jeweiligen – sich oftmals ausgegrenzt und vernachlässigt fühlenden Minderheiten – bietet sich daher auch unter dem Gesichtspunkt einer pluralen Erinnerungskultur als ein

1945-1948. München 1999; Cornelißen, Christoph: Der lange Weg zur historischen Identität. Geschichtspolitik in Nordrhein-Westfalen seit 1946, in: Schlemmer, Thomas/Woller, Hans (Hrsg.): Bayern im Bund, Bd. 3: Politik und Kultur im föderativen Staat 1949 bis 1973, München 2004, S. 411-484.

³⁶ Vgl. ansatzweise zur deutschen Geschichtspolitik am Ende des Kaiserreiches und zu Beginn der Weimarer Republik: Jessen-Klingenberg, Manfred: Geschichtsschreibung im Auftrage des Oberpräsidenten. Zur Entstehung von Reimer Hansens Landesgeschichte, in: ZSHG 115 (1990), S. 231-354.

³⁷ Vgl. Körner, Hans-Michael: Geschichtspolitik im Königreich Bayern 1806-1918, in: Mütter, Bernd/Schönemann, Bernd/Uffelmann, Uwe (Hrsg.): Geschichtskultur. Theorie – Empirie – Pragmatik, Weinheim 2000, S.76-84. Ferner Vollhardt, Ulla-Britta: Geschichtspolitik in Bayern. Das Haus der Bayerischen Geschichte zwischen Privatinitiative und Institutionalisierung, München 2003.

³⁸ Ein Beispiel: Jahnke, Carsten: Die Borussifizierung des schleswig-holsteinischen Geschichtsbewusstseins, 1866-1889, in: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte 130 (2005), S. 161-190.

³⁹ Cornelißen, Christoph: Was heißt Erinnerungskultur? Begriff – Methoden – Perspektiven, in: GWU 54 (2003), S. 548-563, hier: S. 548.

besonders ergiebige Untersuchungsterrain an, zumal neben den deutschen und dänischen Minderheiten auch die friesische Volksgruppe eine eigene Erinnerungskultur ausformt.⁴⁰

Ob und inwieweit es überhaupt eine bewusst von den dänischen Regierungen betriebene Geschichtspolitik gegeben hat, ist noch nicht intensiv untersucht worden. Das Verhalten gegenüber der dänischen Minderheit in Schleswig lässt allerdings vermuten, dass hier mit erheblichem Engagement und unter Rückgriff auf die Rolle Dänemarks im 19. Jahrhundert politische Bemühungen indirekt unterstützt worden sind, die sich auf historische „Tatsachen“ stützten. Nicht zuletzt wird dies auch durch die Subventionierung des dänischen Grenzvereins (Graenseforeningen) deutlich, eines Vereins dessen Zielsetzung als scheinbar neutrale Nichtstaatliche Organisation (NGO) darin besteht, unter Rückgriff auf die Geschichte der letzten 150 Jahre, „zur Unterstützung der dänischen Interessen, besonders südlich der Grenze zu wirken“.⁴¹ In diesem Zusammenhang ist schließlich auch auf die geschichtspolitische Tätigkeit von großen Stiftungen und Fonds, wie etwa des Carlsberg-Fonds, hinzuweisen. Deren Arbeit und Wirksamkeit ist bislang noch nicht untersucht worden. Insofern liegt hier noch ein weites Feld für weitere Studien.

Eigene Vorarbeiten

Der Projektleiter hat sich in den letzten Jahren intensiv mit Regionalgeschichte – nicht nur in Schleswig-Holstein – befasst. In diesem Zusammenhang sind sechs Sammelbände entstanden, die sich mit dieser Problematik befasst haben. Das Projekt soll die Ergebnisse dieser Forschungen weiterführen, jedoch inhaltlich, vor allem aber auch methodisch und vom theoretischen Ansatz her auf eine neue, transnationale Ebene heben.

- Regionen im Nationalsozialismus, Hrsg. mit Michael Ruck, Bielefeld 2003 (IZRG-Schriftenreihe, 10).
- Die Pädagogische Hochschule Kiel im Dritten Reich, Hrsg., Bielefeld 2001.
- Flüchtlinge in Schleswig-Holstein nach 1945. Zwischen Ausgrenzung und Integration. Hrsg. mit T. Herrmann, Bielefeld 1999.
- Regionalgeschichte heute. Das Flüchtlingsproblem in Schleswig-Holstein nach 1945, Hrsg., Bielefeld 1997.
- Sachsen im Kaiserreich, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im Umbruch, Köln u.a. 1997. Hrsg. mit Simone Lässig, Köln u.a. 1997
- Modernisierung und Region im wilhelminischen Deutschland. Wahlen, Wahlrecht und Politische Kultur. Hrsg. mit Simone Lässig u. James Retallack, 2. Auflage 1997.

⁴⁰ Vgl. dazu Kay Holander, Reimer: Die Friesen in Nordfriesland, in: Handbuch der europäischen Volksgruppen, bearbeitet von Manfred Straka, Wien/Stuttgart 1972, S. 288-298. Weitere Informationen zu dieser Problematik: „Nordfriesland“, Zeitschrift für Kultur, Politik, Wirtschaft, hrsg. vom Nordfriisk Instituut, 1965 ff.

⁴¹ Henriksen, Niels: Der Grenzverein (Graenseforeningen), in: Bohn/Kühl, Ein europäisches Modell, 2005, S. 295-305, hier: S. 295.

Ziele und Problemfelder

Untersucht werden sollen – wie bereits erwähnt – die Zielsetzungen und Absichten, die Funktionen und Wirkungsmechanismen, die Methoden sowie „Erfolge“ von Geschichtspolitik in Schleswig-Holstein nach 1945, gespiegelt, verglichen und kontrastiert auf der „Folie“ Südjütland. Im Wesentlichen – aber nicht nur – soll das am Beispiel der Erinnerung an den Nationalsozialismus geschehen.⁴² Gefragt wird nach der Konstruktion und den Konstrukteuren von politisch tragenden (aber auch unterlegenen) Geschichtsbildern und nach der Art und der Form der Implantierung in die Gesellschaft. Darüber hinaus soll die Rezeption dieser Geschichtsbilder untersucht und die Mechanismen ihrer Übernahme, Umdeutung oder aber auch Recodierung an der gesellschaftlichen Basis analysiert werden.

Problemfelder

Erstens:

Grenze- und Grenzregion

Schleswig ist, ob es zu Deutschland oder Dänemark gehörte, seit Mitte des 19. Jahrhunderts von der Bevölkerung diesseits und jenseits der Grenze stets als eine gefährdete Grenzregion verstanden und seine nationale Zugehörigkeit vor allem über diesen Faktor definiert worden. Daher dominierte ein kämpferischer Aspekt gegenüber dem nördlichen – oder aus dänischer Sicht, dem südlichen – Nachbarn. Diese Konstellation hat die mentale und kulturelle Verfassung der Bevölkerung Schleswig-Holsteins (aber auch des südlichen Dänemarks) erheblich beeinflusst, nicht nur im „Dritten Reich“. Der historische Narrativ des „Grenzkampfes“ prägte die Geschichte des Landes und seine Historiographie bis heute und stellte auch für das „Staatsbewusstsein“, die politische Identität und die Politik in Südjütland und Schleswig-Holstein einen wichtigen Pfeiler dar.⁴³

„Grenzlandpolitik“, „Freund – Feind – Denken“, „Volksbewusstsein“ und „nationale Zugehörigkeit“ sind von Politik (und Geschichtspolitik) stets als Chiffren für eine notwendige „Gemeinsamkeit“ und eine spezifische Landesidentität, sowie als Vehikel zur Erzeugung einer inneren Stabilität, in Abgrenzung nach außen, benutzt worden. Mit Hilfe dieser Freund-Feind-Konstruktion sollte das jeweils „Eigene“ gegen das „Fremde“ und „Andere“ abgegrenzt und zugleich stabilisiert, ja eigentlich erst begründet werden.⁴⁴ Dieser Mechanismus erhielt seine besondere, ja seine doppelte Dynamik dadurch, dass das Fremde – das dänische einerseits sowie das deutsche andererseits – nicht nur außen – an der Grenze –, sondern zugleich immer auch im eigenen „inneren“ – jeweils als Minderheit – existierte.⁴⁵ Insofern kann man von einer zugleich nach außen und innen gerichteten „Grenzlandpolitik“⁴⁶ und

⁴² Dies soll aber nicht bedeuten, dass nicht auch andere historische Perioden in den Blick genommen werden können, wenn sie sich als für das Thema relevant herausstellen. In jedem Fall soll eine vorzeitige Verengung des Blickwinkels vermieden werden.

⁴³ Gute Einführung in die generelle Problematik in dem Sammelband von Michael G. Müller und Rolf Petri, *Die Nationalisierung von Grenzen. Zur Konstruktion nationaler Identität in sprachliche gemischten Grenzregionen*, Marburg 2002. Ferner: Haupt, Heinz Gerhard/Müller, Michael G./Woolf, Stuart (Hrsg.): *Regional and National Identities in Europe in the 19th and 20th Centuries*, The Hague 1998

⁴⁴ Vgl. dazu, den Stand der Forschung zusammenfassend, Liebing Schlaber, Gerret: *Vom Umgang mit der gemeinsamen Geschichte. Beobachtungen und Zukunftsgedanken eines Grenzgängers*, in: *Grenzfriedenshefte* 52 (2005), S. 275-288.

⁴⁵ Generell zu dieser Problematik Jahoda, Gustav: *Das Überdauern der Bilder: Zur Kontinuität der Imagines vom Anderen*, in: Welzer, Harald (Hrsg.): *Das soziale Gedächtnis. Geschichte, Erinnerung, Tradierung*, Hamburg 2001, S. 260-275.

⁴⁶ Kühl, Jörgen: *Ein nachhaltiges Minderheitenmodell. Deutsche und dänische Minderheiten beiderseits der Grenze*, in: APZ (B 47, 2004), S. 2: „Das deutsch-dänische Grenzland ist in Westeuropa einzigartig, weil hier

einer damit zusammenhängende Ideologie und entsprechend auch von einer mit diesen Stereotypen und Images operierenden Geschichtspolitik sprechen.

Zu untersuchen ist, wie unter diesen Bedingungen die Geschichtspolitik in Schleswig-Holstein funktionierte. Welche konkrete Funktion erfüllte sie? Mit welchen Mitteln wurde durch sie die Regierungspolitik als „einheitsstiftendes Moment“ funktionalisiert? Wer waren ihre Träger? Wollte diese Politik nachbarschaftliche Probleme „als latente Wunde“ offen halten, um damit eine „innere Geschlossenheit“ zu erreichen, innere Spannungen zu überwinden und zugleich eine Einheitsfront nach außen zu schaffen? Wurde sie also bewusst genutzt, um eine Gegnerschaft zu Dänemark zu erzeugen und latent zu erhalten, um auf diese Weise innenpolitische Interessen zu befriedigen und Konflikte nach „außen“ abzulenken? Wenn das zutrifft: Wie weit trug eine solche Geschichtspolitik in der Nachkriegszeit? Kam es später zu Wandlungen – und womit hängen diese zusammen?

Dänemark und seine Geschichtspolitik – gewissermaßen das Pendant zu Schleswig-Holstein – können hierbei besonders gut als Kontrastfolie genutzt werden. Dort gab es – wenn auch spiegelverkehrt – jeweils eine vergleichbare Ausgangslage. „Grenzkampf“, „Minderheiten“, „Gefährdung“, das sind Chiffren, die auch für die dänische Geschichte und die dänische Geschichtspolitik gelten und voller Virulenz waren – man denke nur an die Jahre nach 1945. In diesem Zusammenhang kann daher an die dänischen Forschungen zur Grenzregion angeknüpft werden, die seit mehreren Jahrzehnten in systematischer Weise vom „Institut für Grenzregionenforschung“ an der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität von Süddänemark betrieben werden.

Im dortigen Forschungsprofil spielen Fragen an die deutsch-dänische Grenzregion, allgemeine Fragen von Grenzregionen im europäischen Kontext sowie regionale Fragestellungen eine bedeutende Rolle. Probleme der transnationalen Geschichtspolitik sind dort allerdings noch nicht intensiv untersucht worden.⁴⁷ Gleiches gilt für die Dansk Centralbibliothek for Sydslesvig, die sich dieses Problems bis heute ebenfalls noch nicht intensiv angenommen hat. Es wird sich also zeigen müssen, ob Ideentransfers und grenzüberschreitend ausgetragene geschichtspolitische Konflikte in beide Richtungen festzustellen sind oder ob man eher in klassischem regionalgeschichtlichen Sinn (nur) miteinander vergleichen muss. Hier bietet sich ein weites Feld theoretischer Auseinandersetzungen und praktischer Kooperation an, das intensiv genutzt werden soll. Gedacht ist hierbei in erster Linie an die Universitäten Aarhus und Odense sowie vor allem an die Universität Kopenhagen (Prof. D. Siegfried und Prof. K.C. Lammers). Mit diesen Institutionen sind bereits Absprachen getroffen worden. Jørgen Kühl, der neue Direktor des dänischen Gymnasiums in Schleswig (eine Spende der dänischen Reederei Maersk!) hat seine Mitarbeit ebenfalls zugesichert.

Zu fragen ist dabei nach Ähnlichkeiten oder grundsätzlichen Unterschieden in Politik und Geschichtspolitik.⁴⁸ Lassen sich allgemeine Aussagen über die Funktion und Bedeutung von Geschichtspolitik, zumal in Grenzregionen ausmachen oder überwiegen nationenspezifische Besonderheiten? Wie wäre dabei zum einen die konkret schleswig-holsteinische und zum

beiderseits der Grenze autochthone Minderheiten leben, die sich in nationaler, kultureller und sprachlicher Hinsicht mit dem jeweiligen Nachbarland identifizieren“.

⁴⁷ Vgl. etwa die vom Danish Institute of Border Region Studies in Aabenraa herausgegebene Schriftenreihe, hrsg. von J. Kühl. In diesem Zusammenhang von Interesse Band 3: Kühl, Jørgen: The National Minorities in the Danish-German Border Region. The Case of the Germans in Soenderjylland and the Danes in Schleswig-Holstein/Germany, Aabenraa 2003.

⁴⁸ Vgl. hierzu ansatzweise Jessen-Klingenberg, Manfred: Schleswig-Holsteins Geschichtsschreibung und das Nationalitätenproblem in Schleswig von 1864-1940, in: Ders./Hansen, Reimer/Leppien, Jörn P. (Hrsg.): Standpunkte zur neueren Geschichte Schleswig-Holsteins, Malente 1998, S. 217-242.

anderen die deutsche Position gegenüber der dänischen einzuordnen? Gab es Absprachen, Unterschiede, Meinungsverschiedenheiten? Welche Rolle spielte dabei für Schleswig-Holstein die deutsche Geschichtspolitik insgesamt, von der losgelöst das schleswig-holsteinische Agieren nicht denkbar ist? Wie tief wirkten die regionalen Instrumentarien, welche Bedeutung besaß der Gesamteinfluss der Bundesrepublik? Welche Rolle schließlich spielte die gesamteuropäische Entwicklung?

Zu berücksichtigen ist zugleich, dass die Geschichtspolitik innerhalb der verschiedenen Lager in Schleswig-Holstein und in der Bundesrepublik (aber auch im dänischen Südjütland) lange Zeit hart umkämpft war. In den letzten Jahrzehnten scheinen sich jedoch die gegenläufigen Geschichtsbilder allmählich anzunähern. Zu untersuchen ist vor allem, ob in dieser Phase der Annäherung das kulturelle Kapital, das die jeweilige Minderheiten für die gesamte Region einbringen können, immer stärker als positive Chance und immer weniger als Gefahr wahrgenommen wurde oder ob es nach wie vor als fremd und „gefährlich“ wirkte. Zu untersuchen ist dabei an zentraler Stelle, ob und inwieweit hierbei eine veränderte Geschichtspolitik eine Rolle spielt(e) und ob aus einem veränderten geschichtspolitischen Umgang mit der Minderheitenproblematik Konsequenzen folgten, die für eine zukünftige Zeit „der Regionen“ in der Europäischen Union fruchtbar zu machen wären.⁴⁹

Von besonderem Interesse ist daher die Untersuchung der Frage, inwieweit die geschichtspolitischen Vorstellungen durch die einsetzende europäische Integration beeinflusst und verändert wurden, welche Bedeutung der Ost-West-Konflikt und später der Zusammenbruch des Ostblockes besaßen. Soviel ist sicher: Die deutsche Minderheit in Dänemark setzte in ihrer Argumentation schon seit den 50er Jahren, als deutlich wurde, dass eine gewaltsame Revision der Grenze unmöglich sein würde, auf eine zukünftige europäische Integration. Sie wechselte insofern das nationale und auch das regionale historische Paradigma zugunsten eines europäischen. Diese europäische Rhetorik hat sie konsequent bis heute beibehalten. In dem gemalten Bild des neuen Europas – so die Vorstellung – würde die deutsch-dänische Grenze immer weniger Bedeutung haben. Für diesen Weg der Integration hat sie intensiv in Schleswig-Holstein, Deutschland und Dänemark geworben und dabei die volle Unterstützung aller staatlichen Stellen in Deutschland gefunden.

Die dänische Seite agierte demgegenüber trotz aller Kooperationsabsichten geschichtspolitisch eher verhalten, gewissermaßen nationalstaatlich-konservativ. Die Furcht vor einer deutschen Invasion im europäischen Rahmen war dafür lange Zeit das beherrschende Motiv. In einer Rede über das Verhältnis Dänemarks zur Europäischen Gemeinschaft verglich etwa der Vorsitzende des Sydslesvigsk Forening, Niels Bøgh Andersen, noch in den 60er Jahren die Öffnung der Grenzen im Rahmen einer europäischen Einigung „mit einem Niederreißen der Deiche“⁵⁰, ein für Seeanrainerstaaten geradezu furchtbares Bild. Inwieweit sich die Furcht vor der „Überfremdung“ in einem geeinten Europa gelegt hat und heute auf dänischer Seite auch die Chancen einer Europäisierung und damit eines „Brückenbauers“ zwischen den Nationen propagiert werden kann, ist bisher noch nicht intensiv untersucht worden.

Die in den letzten Jahren intensiv betriebenen „border studies“ können bei der Analyse solcher Fragen hilfreich sein. Sie analysieren Grenzen nicht nur als natürliche trennende Elemente, sondern deuten sie auch als Konvention – und weitergehend – als Konstrukte, die unter dem Aspekt sozialer Praktiken der Herrschaft, Inbesitznahme aber auch von Exklusion

⁴⁹ Vgl. hierzu den Sammelband von Kühl/Bohn (Hrsg.): Ein europäisches Modell?, 2005.

⁵⁰ Rede zur EG, undatiert (60er Jahre), ADCB P 282-1, zit. nach Klatt, Martin: Die Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzland in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit seit 1945, in: Kühl/Bohn: Ein europäisches Modell, 2005, S. 306-323, hier: S. 316.

und Inklusion gesehen werden können.⁵¹ Der Umgang mit der Grenzproblematik wird dabei als ein Versuch gewertet, auf das Bewusstsein der Bevölkerung im gewünschten Sinne zu wirken. Mit Hilfe dieses Ansatzes kann die Problematik des deutsch-dänischen Grenzraumes jedoch auch positiv interpretiert und als ein „Möglichkeitsraum“ (Benjamin Davy) verstanden werden. Damit ist gemeint, dass die Grenzen zwar durch das Völkerrecht definiert und gezogen wurden, die hierdurch entstehenden Räume und Identitäten aber auch und vor allem kulturelle Konstrukte und mental maps sind, die keineswegs zwingend mit den tatsächlich erlebten Wirtschafts-, Verkehrs-, Sozial- Umwelt-, Kommunikationsräumen oder auch mit den realen Erfahrungsräumen identisch sein müssen. Die Konstrukte von Grenzen können demnach auf einer Ebene trennen – oder trennen wollen, was auf anderer Ebene zusammengehört und keineswegs getrennt sein *mus*s. Geschichtspolitik spielt im Kontext der jeweiligen konstruierten Besetzung des Raum- und Grenzbegriffes jeweils eine erhebliche Rolle als Initiator für, aber eben auch als Bremser bei der Wahrnehmung solcher verschiedenen Interpretationen von Grenzen.

In diesem Zusammenhang ist von Bedeutung, dass es in beiden Regionen schon seit den frühen 50er Jahren starke gegenläufige, von den jeweiligen Regierungen z.T. offiziell bekämpfte, Geschichtsbilder gab. Die politisch erwünschte historische „Meistererzählung“ – gerade was die Interpretation von Grenzen anging – war also nie völlig unstrittig. Der Beirat für Geschichte,⁵² eine 1984 gegründete Vereinigung von Historikern, die es sich zum Ziel gesetzt hatte, das große Defizit zwischen der Bedeutung der Arbeiterbewegung für die historische Entwicklung und ihre mangelnde Berücksichtigung in der traditionellen schleswig-holsteinischen Landesgeschichte zu verringern, hat – um das Beispiel Schleswig-Holstein zu nennen – nicht nur die Zeit des Nationalsozialismus, sondern auch die „Grenzpolitik“ für Schleswig-Holstein deutlich kontrovers zur offiziellen Geschichtspolitik der Regierung gedeutet. Diese – zeitweilig „unterlegenen“ – Vorstellungen konnten ganz offensichtlich in den letzten Jahrzehnten für die Konstruktion einer neuen nun dominierenden „Meistererzählung“ genutzt werden und haben die neueren Geschichtsbilder maßgeblich mitgeprägt.

Wichtig wäre daher zu untersuchen, in welcher Art und Weise diese (gegenläufigen) Geschichtsbilder aufgenommen und verarbeitet wurden. Wurden sie integriert, verschwiegen, herabgesetzt oder sogar verfolgt und unterdrückt? Wurden andere Geschichtsbilder bewusst stigmatisiert? Und mit welchen (langfristigen) Auswirkungen? Oder aber wurde ihnen ein gewisser Freiraum gelassen, um auch hier demokratische Pluralität zu gewährleisten und damit ein von allen getragenes, demokratisches Geschichtsbild zu ermöglichen? Und vor allem: Gab und gibt es „nationale“ Unterschiede bei der Bewältigung dieser Problematik? Fazit: Die Großregion Schleswig-Holstein – Südjtland bietet die Chance, unter ähnlichen Bedingungen (gefährdete Grenzen, „fremde“ Minderheiten im eigenen Staat) eine Fülle auch allgemeiner (gemeinsamer/ trennender) Aspekte von Geschichtspolitik herauszuarbeiten und zugleich sehr konkrete Aussagen zu ihren innen- und außenpolitischen Ergebnissen zu ermöglichen.

⁵¹ Vgl. ansatzweise zur Rolle der deutsch-dänischen Grenze aus dänischer Sicht: Rheinheimer, Martin: Schleswig und die deutsch-dänische Grenze, in: Grenzfriedenshefte 52 (2005), S. 5-20.

⁵² Vgl. dazu Danker, Uwe: Redebeitrag bei der Gründungsversammlung des „Arbeitskreises zur Geschichte der Arbeiterbewegung und Demokratie in Schleswig-Holstein“ am 8.7.1985, in: Mitteilungen des Beirats für Geschichte der Arbeiterbewegung und Demokratie in Schleswig-Holstein 1 (1985), S. 9-15.

Zweitens: Minderheiten

Die im Laufe der letzten 150 Jahre wechselnde Grenzziehung zwischen Deutschland und Dänemark hat nicht nur ein latentes Bewusstsein für die Bedeutung und Gefährdung von Grenzen wachsen lassen sowie das Bedürfnis für eine gesicherte Territorialität geschärft, sondern sie hat auch – wie erwähnt – das (Schreckens)Bild von (feindlichen) Minderheiten in als „fließend“ wahrgenommenen territorialen Kontexten und unter unterschiedlichen „nationalen Herrschaften“ vertieft.⁵³ In der bisherigen Grenzregionsforschung wird das Vorhandensein jeweils nationaler Minderheiten in den jeweiligen Grenzregionen dementsprechend als besonders problematisch und für grenzüberschreitende Kooperationen als besonders hinderlich beurteilt; es wird geradezu als eine Hypothek angesehen.⁵⁴

Diese Tatsache hat – wenn sie denn zutreffend ist – die Art und Weise der Integration einer Minderheit in eine „geschlossene“ andere Gesellschaft zweifellos maßgeblich beeinflusst, wahrscheinlich erschwert.⁵⁵ Die Art und Weise des Umgangs mit „Minderheiten“, sei es mit der deutschen in Dänemark oder der dänischen in Schleswig-Holstein, stellt daher geradezu einen „roten Faden“ dar, an dem entlang sich die Geschichte, das Selbstverständnis, die Politik, aber eben auch die Geschichtspolitik in beiden Ländern in jeweils verschiedenen politischen Phasen spiegeln. Sie kann als Seismograph für nationale Selbstsicherheit oder eben auch für Unsicherheit gesehen werden.

Hinzu kommt, dass die Minderheitenproblematik immer dort von erhöhter Relevanz ist und eine besondere Bedeutung hat, wo sie Tag für Tag konkret zu Tage tritt und immer wieder praktisch gelebt werden muss. Ihre historische Bewertung und politische Behandlung gibt daher wichtige Hinweise auf die öffentlich geförderte und offiziös betriebene Geschichtspolitik – und auf ihren ideologischen Hintergrund. Das trifft ganz besonders auf die Zeit nach 1945 zu und betrifft Dänen und Deutsche in gleicher und zugleich auch anderer Weise.⁵⁶

Zu untersuchen ist dabei die Rolle von und der Umgang mit Minderheiten und die Frage, inwieweit staatliche Geschichtspolitik bei der Bewertung eine wichtige Rolle gespielt hat. Beruht etwa die gegenwärtige, im allgemeinen als vorbildlich bezeichnete Regelung der Positionen der dänischen Minderheit und der friesischen Volksgruppe in Schleswig-Holstein (und der Deutschen in Dänemark) auch auf den Ergebnissen einer (neuen) gezielten Geschichtspolitik oder entwickelte sie sich etwa gegen die herrschende (offizielle) Geschichtspolitik?⁵⁷ Haben die jeweiligen Geschichtsbilder der Minderheiten dazu beigetragen, ihre gegenseitige Lage zu verbessern oder nicht? Haben sie sich gegenseitig beeinflusst? Haben konkurrierende Geschichtsbilder eine erhebliche Bedeutung gehabt und

⁵³ Allgemein zu dieser Problematik May, Stephen/Modood, Tariq/Squires, Judith (Hrsg.): *Ethnicity, Nationalism, and Minority Rights*, Cambridge 2004; Salzborn, Samuel: *Ethnisierung der Politik. Theorie und Geschichte des Volksgruppenrechts in Europa*, Frankfurt/M. 2005. Zu Deutschland und Dänemark: Bohn, Robert/Danker, Uwe/Kühl, Jørgen (Hrsg.): *Zwischen Hoffnung, Anpassung und Bedrängnis. Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzraum in der NS-Zeit*, Bielefeld 2001.

⁵⁴ Von Malchus, Viktor: *Partnerschaft an europäischen Grenzen. Integration durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit*, Bonn 1975.

⁵⁵ Vgl. dazu u.a. Hansen, Reimer u.a. (Hrsg.): *Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzgebiet*, Kiel 1993 (Gegenwartsfragen 69).

⁵⁶ Vgl. Klatt, Martin: *Nationalsozialismus und dänische Minderheit. Versuch einer Annäherung an einen zeitgenössischen Erklärungsversuch des nationalen Gesinnungswechsels in Südschleswig nach 1945*, in: *DG 16* (2003), S.171-178.

⁵⁷ Hansen, Reimer: *Die historischen Wurzeln und die europäische Bedeutung der Kieler Erklärung vom 26.9.1949*, in: *Ders.: Aus einem Jahrtausend historischer Nachbarschaft. Studien zur Geschichte Schleswigs, Holsteins und Dithmarschens*, Malente 2005, S. 263-276.

wie wirkte sich diese aus? Wie sehen die Geschichtsbilder jeweils der Minderheit und der Mehrheit aus – und wie vertragen sie sich?

Nicht zuletzt ist zu untersuchen, welche Rolle die Geschichtspolitik der Bundesrepublik Deutschland insgesamt für das nördlichste Bundesland hatte. Welchen Einfluss besaßen die Wiedervereinigung und das Ende des Ost-West-Konfliktes? Welche Bedeutung hatte die europäische Einigung und die Integration der deutsch-dänischen Minderheitenfrage in ein Gesamtkonzept einer Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen?⁵⁸ Kann man von einer Europäisierung der deutsch-dänischen Minderheitenfrage ausgehen und welche Konsequenzen könnte das haben?

Vielleicht hat sich auch das Verständnis von Mehrheit und Minderheit im 21. Jahrhundert völlig verändert, ist flüssiger geworden und weicht von den jeweiligen – bisher geltenden – Konstruktionsprinzipien deutlich ab? Sehen sich heute die aus christlichen Traditionen kommenden, überwiegend säkularen Europäer diesseits und jenseits der deutsch-dänischen Grenze nun vielleicht als eine (gemeinsame) Mehrheit, die ihrerseits etwa muslimische oder andere „fremde“ Zuwanderer als Minderheit auffasst, die schwer integrierbar ist? Vielleicht wiegen also inzwischen – in der Abgrenzung vom Fremden, vom scheinbar bedrohlichen Anderen – die Gemeinsamkeiten der deutsch-dänischen Minderheiten mehr als die gefühlten Unterschiede, angesichts der Konstruktion eines neuen „Feindbildes“?

Minderheiten können in jedem Fall auch Brückenbauer in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit (zumindest zwischen europäischen Nachbarn) sein – und müssen nicht nur störende Faktoren darstellen. Das aber funktioniert nur, wenn die jeweiligen Minderheiten in Politik und Geschichtsbild der anderen nicht als eine Bedrohung der nationalen Souveränität aufgefasst werden. Zugleich müssen aber auch in der jeweiligen „Mehrheitsgesellschaft“ die Chancen der politischen Mitwirkung einer solchen Minderheit erkannt werden. Sie darf daher durch eine gezielte negative Geschichtspolitik nicht in Frage gestellt werden. Schließlich müssen den jeweiligen Minderheiten politische Einflussrechte eingeräumt werden – die bei politischen Krisen nicht sofort wieder infrage gestellt werden dürfen.⁵⁹ Entscheidend aber für eine derartige Brückenbaufunktion ist die Tatsache, dass die Minderheiten selber in prinzipiellen Fragen und in grundsätzlichen historischen Urteilen weitgehend übereinstimmen. Transnationale Politik von Minderheiten funktioniert nur bei einem Minimum von Übereinstimmung und einem Wegfall gegenseitiger „Verteufelung“. Inwieweit diese Voraussetzungen zutreffen, wäre daher zentral zu untersuchen.

Zweifellos lässt sich an diesem sehr emotionsgeladenen Aspekt die Wirkungsmächtigkeit von Geschichtspolitik besonders gut herausarbeiten – und dies gewissermaßen aus doppelter Perspektive: deutsch und dänisch. Geschichte und Geschichtspolitik in Schleswig-Holstein/Südjylland am Beispiel der Minderheitenfrage dürften damit Einsichten vermitteln können, die für ein zukünftiges „Europa der Regionen“, aber auch eines von verfeindeten Minderheiten von erheblicher Wichtigkeit sein könnten – im Positiven wie im Negativen.⁶⁰

⁵⁸ Fischer/Schulz, Vom Kanon, 1998, S. 26 ff.

⁵⁹ Erinnert sei hier an die Polemik von FDP und CDU als sich der SSW im Jahre 2005 zu einer Regierungsbildung mit Grünen und SPD bereit erklärte und dabei das Zünglein an der Waage darstellte.

⁶⁰ Höffken, Martin: Die „Kieler Erklärung“, 1994; Kühl, Jørgen: The National Minorities in the Danish-German Border Region, Haderslev 2003.

Drittens:

Geschichtspolitik nach 1945: Kontinuitäten und Brüche

Dieser Teilbereich versteht sich vor allem als ein Beitrag zu einer Kulturgeschichte des Politischen. Insofern steht nicht allein die Politik mit ihren Zielen und Aktionen im Mittelpunkt, sondern es wird auch danach gefragt, wie Symbole eingesetzt und benutzt, Rituale eingeschliffen, gedeutet und bewertet werden und eben auch, wie Vergangenheit semantisch besetzt wird – also welche Art von Geschichtspolitik betrieben wird. Es geht dabei also um eine Herstellung von vergangener Wirklichkeit im gemeinsamen Kommunikations- und Deutungsprozess.⁶¹ Dabei wird die Beschäftigung mit der Vergangenheit als ein „Ensemble von Produktionen, Deutungen und Sinngebungen“ aufgefasst. Diese Sinngebungsprozesse unterliegen wiederum einem Wandel: Symbole und Rituale ändern sich und ihre Bedeutung, werden umfunktionalisiert, umkonstruiert, verlieren oder aber gewinnen an Bedeutung. Vor allem aber: Neue Themen werden aufgenommen; andere Themen marginalisiert.

Dieses Projekt geht von der These eines Bruchs aus, der das Land Schleswig-Holstein aus der Perspektive einer kulturgeschichtlich orientierten Politikgeschichte nachhaltig erschüttert hat und der mit einem signifikanten Wechsel in der staatlichen Geschichtspolitik verbunden sein könnte. Das betrifft nicht nur die Inhalte der Deutung, sondern auch den Umgang mit ihnen, die symbolische Behandlung oder die Neuerfindung von Ritualen. Dieser Bruch stellte jedoch nicht – wie man annehmen könnte – das Jahr 1945 dar, sondern der Wechsel von der CDU-Regierung Barschel zur SPD-Regierung Engholm im Jahr 1988. Die – provokant formulierte – These dieses Projektes lautet daher, dass dieser Bruch aus kulturgeschichtlicher Perspektive möglicherweise tiefer und nachhaltiger gewesen sein könnte als das Ende des Nationalsozialismus – und damit geschichtspolitisch eigentlich erst die „Nachkriegszeit“ eingeleitet hat.

Einige Bemerkungen zum historischen Hintergrund, auf den sich die vermutete Veränderung der Geschichtspolitik bezieht: Mit seiner lange Zeit fast ausschließlichen Agrar-Ökonomie war Schleswig-Holstein – trotz industrieller „Inseln“ und einer gewissen sozialdemokratischen Präsenz – seit den mittleren Jahren der Weimarer Republik stark nationalkonservativ geprägt, in Mentalität und Politik. Keine vergleichbare Region Deutschlands hat sich so vehement und früh dem Nationalsozialismus zugewandt wie Schleswig-Holstein. Als die Nationalsozialisten 1933 die Macht in Deutschland übernahmen, waren sie in Schleswig-Holstein bereits fest verwurzelt. Ja, man kann wohl sagen, sie wurden von der Bevölkerung herbeigesehnt.⁶² Bei den Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932 – ein halbes Jahr vor der Machtübernahme – entschied sich mehr als die Hälfte aller schleswig-holsteinischen Wähler für die NSDAP, während es im Reichsdurchschnitt deutlich unter 40% waren. Der Nationalsozialismus schien offensichtlich das zu verwirklichen, was die meisten der Schleswig-Holsteiner wünschten: Abschaffung von Parlamentarismus und Parteienstaat, Unterdrückung von Liberalismus und Sozialismus, Schutz vor Kapitalismus, Moderne, Urbanisierung; Fremdem, *Wiedergewinnung des 1920 an Dänemark abgetretenen Nordschleswig* und nicht zuletzt Befriedigung ihres latenten Antisemitismus.

⁶¹ Mergel, Überlegungen zu einer Kulturgeschichte, 2002, S. 588, danach auch das folgende Zitat, S. 590.

⁶² Das Folgende nach Jessen-Klingenberg, Manfred, Im Spannungsfeld einer Nachbarschaft, 1998.

Die Chiffren der „Bedrohung“ und der „gefährdeten Existenz“ des Landes – auf deren Klaviatur der Nationalsozialismus virtuos gespielt hatte – wurden in der Geschichtspolitik der Landesregierungen nach dem Kriege fast nahtlos und ohne größere Modifizierung wieder aufgegriffen. Auch nach dem Ende des Dritten Reiches und dem – aus der Sicht der Mehrheit der Bevölkerung – „verlorenen Krieg“ überwog in diesem Land eine kollektive Kontinuität in der Erinnerung, die sich an der Chiffre einer latenten Bedrohung als „Grenzland“ festmachen lässt. Mögliche Ansätze zu einem radikalen Paradigmenwechsel, der einen Bruch mit der Vergangenheit bedeutet hätte, waren (noch) chancenlos – und wurden auch kaum wahrgenommen.⁶³

In der Geschichtspolitik der ersten Landesregierungen schien daher – in Übereinstimmung mit dem Geschichtsbild der Mehrheit der Bevölkerung – das Land in der Zeit des Nationalsozialismus, der nicht zu leugnende Verbrechen begangen hatte, gewissermaßen nicht existent gewesen zu sein. Wohl aber wurde ein Nationalsozialismus in das kollektive Gedächtnis integriert, der Ruhe und Ordnung gestiftet, aber der vor allem das Grenzland geschützt und die Bevölkerung vor Minderheiten bewahrt hatte.⁶⁴ Diese Vorstellung wurde durch die Festrитуale bei den Feiern vergangener historischer Ereignisse auch nach 1945 gefestigt, in denen der „böse“ Nationalsozialismus praktisch kaum eine Rolle spielte. Bis weit in die 80er Jahre hinein gab es z.B. keine von der Regierung geförderte Landesausstellung zur Erinnerung an die Machtergreifung (wie etwa in Hamburg oder in vielen Orten Nordrhein-Westfalens). Es fanden auch kaum nennenswerte Erinnerungsveranstaltungen zum Beginn des Zweiten Weltkrieges statt.⁶⁵ Wichtige – und staatlich geförderte – Themen waren vielmehr die Feier „500 Jahre Vertrag von Ripen“⁶⁶, durch den der Gedanke an die stets gefährdete Einheit des Landes wachgerufen werden konnte oder aber das Gedenken an den deutsch-dänischen Krieg von 1864, der die „Bedrohung der Grenze“ massiv in den Mittelpunkt rückte und damit eine Kontinuum schleswig-holsteinischen Geschichtsbewusstseins bis in diese Zeit transportierte.⁶⁷

Bei diesen historischen Festen wurden staatliche Gedenkrituale entwickelt – immer in Kooperation zwischen der Landesregierung, der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte und dem Schleswig-Holsteinischen Heimatbund sowie der Landeszentrale für Politische Bildung, die – so die Vermutung – stark auf das Geschichtsbewusstsein der schleswig-holsteinischen Bevölkerung einwirkten, diesem aber zugleich auch in hohem Maße entsprachen. Das lässt die große und überwiegend positive Resonanz in Presse und Medien auf diese Veranstaltungen erkennen. Zweifellos wurde hier das Gedenken an die Geschichte – unter Auslassung der NS-Zeit – genutzt, um Solidarität nach innen herzustellen. Dieser Wunsch war allerdings nicht nur in Schleswig-Holstein virulent, sondern er galt für fast ganz

⁶³ Vgl. dazu die 1987 – unkommentiert – veröffentlichten Erinnerungen von Erna Kracht: Eine Dithmarscherin erzählt aus ihrem Leben: Rückblick auf politische Ereignisse an der Seite eines Beamten unter vier Regierungen, Husum 1987, S. 25 „Eines war nach der Machtergreifung (1933) zunächst gut, nämlich, dass die ganzen Unruhen schlagartig zu Ende waren, ebenso wurde die Arbeitslosigkeit behoben. Die Jugend wurde zu Zwangsarbeiten herangezogen, die „Freiwilliger Arbeitsdienst“ genannt wurden. Die Kriminalität nahm sehr ab, und die Ordnung wurde erstmal wirklich hergestellt“.

⁶⁴ Jürgensen, Kurt: Die Gründung des Landes Schleswig-Holstein nach dem Zweiten Weltkrieg. Der Aufbau der demokratischen Ordnung in Schleswig-Holstein unter dem ersten Ministerpräsidenten Theodor Steltzer 1945-1947, Neumünster 1969. Dort wird die nationalsozialistische Vergangenheit mit keinem Wort erwähnt.

⁶⁵ Eine von zumeist jüngeren Historikern in der Geschichtsgesellschaft gewünschte Ausstellung zur Vorgeschichte und Geschichte des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein fand keine Unterstützung bei der Landesregierung.

⁶⁶ Vgl. dazu die Publikation im Wachholtz Verlag: 500 Jahre Vertrag von Ripen. Reden bei der Feier am 5. März 1960....., Neumünster 1960.

⁶⁷ Der Krieg von 1864, Reden gehalten bei der Gedenkstunde am 18. April 1964 im Kieler Stadttheater..., Neumünster 1964.

(West-)Deutschland. Zu Recht hat man daher von einer gezielten Politik des Beschweigens gesprochen.⁶⁸

Zu untersuchen ist nun, inwieweit und in welchem Maße sich die offizielle und offiziöse Geschichtspolitik der Regierungen in Schleswig-Holstein, der öffentlich geförderten Vereine, der Landeszentrale für Politische Bildung (eine Untersuchung über deren Geschichtspolitik unter dem Leiter Ernst Hessenauer ist bislang ein absolutes Desiderat der Forschung) und auch – und gerade – der Landesuniversität Kiel diesem Kurs anpassen, bzw. ihn selber (mit)gestalteten – oder aber opponierten. Ist Hans-Werner Prahl zuzustimmen, wenn er in seinem wegweisenden Band „Uni-Formierung des Geistes. Universität Kiel im Nationalsozialismus, Bd. 1“ (der zweite Band ist bis heute nicht erschienen) im Jahre 1995 schreibt: „Die Leitungen der Universität wie auch die Mehrzahl ihrer Professoren und Professorinnen haben [...] bislang – (also bis 1995) – nur wenig Anstalten zur Erforschung dieses Zeitabschnittes – (also der nationalsozialistischen Zeit) – gemacht – ja: eher durch Verschweigen und Verhindern [...] zur Unkenntnis über die NS-Zeit der Kieler Universität gewollt oder ungewollt beigetragen.“⁶⁹ Redete die Geschichtspolitik, die von der Landesuniversität betrieben wurde – und das offizielle Geschichtsbild des Landes teilweise mitprägte –, tatsächlich den Nationalsozialismus nur schön, wenn sie sich überhaupt mit ihm befasste? Sah sie in seiner „Bewältigung“ nur einen Zwang, dem man sich zu widersetzen habe? Gab es tatsächlich so etwas wie eine einigende Ideologie des Vergessens, die bis in die 80er Jahre hinein kaum erschüttert wurde oder aber ist das nur eine, die Realitäten verzerrende Schwarz-Weiß-Malerei?

Dieses tief struktur-konservativ geprägte Land, das – wie Bayern – für die Sozialdemokratie politisch kaum zu gewinnen schien, erfuhr nun in den späten 80er Jahren einen grundlegenden politischen Wechsel. Der Sturz der CDU-Regierung Barschel und der dadurch bedingte Aufstieg der Sozialdemokratie, der in die Regierung Engholm mündete, markierte eine Zäsur, die noch durch den Regierungswechsel in Bonn und wenig später durch die deutsche Vereinigung und zugleich durch einen Generationenwechsel, der die Bundesrepublik insgesamt erschütterte, verstärkt wurde. Diese grundlegende Veränderung erstreckte sich nicht nur auf die praktizierte Politik, sondern es folgte – so die These dieses Projektes – auch ein gravierender Paradigmenwechsel in der offiziell und inoffiziell betriebenen Geschichtspolitik. Zu untersuchen wäre nun, ob dieser Bruch eine ähnlich große (oder noch größere) Bedeutung in der Geschichtspolitik des Landes gehabt hat wie das Ende des Nationalsozialismus und inwieweit damit eine gravierende Änderung der Geschichtserinnerungen in Ritualen, Festen und öffentlichen Erinnerungen einherging.

Vermutet werden könnte, dass sich ein solcher – hier angenommener – Wandel in der gesamten geschichtspolitischen Arbeit der Regierung Engholm niedergeschlagen hat. Veränderte sich etwa die Diskussionskultur in den wichtigen Debatten des Kieler Landtages in den Jahren seit 1988, in denen die geschichtspolitischen Forderungen der früheren SPD Opposition nun offizielle Regierungspolitik wurden? Ist der Wechsel in veränderten Lehrplänen so stark, dass man von einem Paradigmenwechsel sprechen könnte – oder kamen in Schleswig-Holstein nur Trends zum Durchbruch, die schon seit langem virulent waren? Wie ist die Förderung der Aktivitäten derjenigen historischen Initiativgruppen zu beurteilen, die in der CDU-Ära an den Rand der Legalität gedrängt, z.T. kriminalisiert und vom Verfassungsschutz überwacht worden waren? Kritisch zu untersuchen wäre ferner, ob und inwieweit nun etwa „Akens“,⁷⁰ der „Beirat für Geschichte“ oder die „Grenzfriedenshefte“⁷¹

⁶⁸ Frei, Vergangenheitspolitik 1996.

⁶⁹ Prahl, Hans-Werner: Die Uni-Formierung des Geistes. Universität Kiel im Nationalsozialismus, Bd. 1, Kiel 1995.

⁷⁰ Arbeitskreis zur Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein.

staatlich subventioniert wurden, und andere historische „Meinungsmacher“ (wie etwa der SHHB oder die Gesellschaft für S-H Geschichte) sich entweder in dem Tenor ihrer Darstellungen „umstellen“ mussten oder aber deutlich weniger Geld erhielten.

Ein besonders konkretes Beispiel für diesen Umschwung könnte vielleicht die von der SPD-Regierung initiierte Gründung des IZRG (Institut für Zeit- und Regionalgeschichte) an der Universität Flensburg (bezeichnenderweise nicht an der Landesuniversität in Kiel) sein. Ihr spezifischer und offizieller Auftrag bestand darin die bis dahin – aus der Sicht der neuen Landesregierung – von der Landesuniversität eher sporadisch und wenig systematisch betriebene und von den CDU geführten Landesregierungen bewusst nicht forcierte *kritische* Aufarbeitung der Geschichte des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein verstärkt zu bearbeiten und vor allem die Forschungsergebnisse einer *breiten Öffentlichkeit* zugänglich zu machen. Das Ziel bestand also in einer Implantierung eines neuen historischen Bewusstseins, in klarer Absetzung gegenüber den Vorgängerregierungen. Konkret wäre unter anderem zu fragen: Wer waren die Transporteure und wohin flossen die Geldmittel? Wie verhielten sich die Landesuniversität und das Historische Seminar im Kampf um die historische Deutungshoheit? Wie war das Verhältnis zwischen dem von der Sozialdemokratie installierten IZRG und dem lange Zeit konservativ dominierten Historischen Seminar? Wie wurden die Stellen im IZRG besetzt? Welches wissenschaftlich-politisch Interessengeflecht verband professionelle Geschichtsdeuter und Politiker?

Zugleich ist aber auch nach den entgegenstehenden Geschichtsbildern zu fragen: Welche gab es und von wem wurden sie mit welchem Erfolg vertreten? Zudem ist zu überlegen ob und wie es möglicherweise zu einer Amalgamierung des neuen und mit dem alten Geschichtsbildes kam, so dass man von einem Paradigmenwechsel gar nicht sprechen kann? Dabei wäre zugleich – mit einer offenen Fragestellung – der Gedanke im Auge zu behalten, ob die Regierung in ihren Aktivitäten nicht viel mehr Getriebener als „Antreiber“ des geschichtspolitischen Wechsels war. Zweifellos entwickelte sich nämlich bereits seit den späten 70er Jahren in Schleswig-Holstein ein kritisches Geschichtsbewusstsein von unten, das schon weit entwickelt war, als die neue SPD-Regierung an die Macht kam. Zu untersuchen wäre mithin, ob nicht die neue Regierung Engholm nur viele der von unten andrängenden Impulse in die Tat umsetzte – und umsetzen musste, weil der Druck so groß war.

In jedem Fall lässt sich an dieser Zeitspanne die in der Wissenschaft intensiv diskutierte Frage, in welchem Maße staatliche Geschichtspolitik mentalen Wandel überhaupt herbeiführen kann, besonders gut untersuchen. Wen erreichte sie und wie wirkte sie? Woran lässt sich das überhaupt ablesen? Und welche Zeit war dafür notwendig? Kaum sonst in der Bundesrepublik lässt sich jedenfalls so gut wie in Schleswig-Holstein nach dem politischen Erdbeben der 80er Jahre verfolgen, ob – und wenn ja – in welchem Maße sich ändernde staatliche Geschichtspolitik einen mentalen Wandel im fest verankerten Geschichtsbewusstsein tragender Teile der Bevölkerung zur Folge hatte.

Insofern ist auch die Frage des Verhältnisses zwischen Bewegung von unten und Regierungspolitik von oben besonders weiterführend. Grenzen und Möglichkeiten staatlicher Geschichtspolitik lassen sich insofern in dieser Phase für Schleswig-Holstein sehr konkret erfassen. Dabei lässt sich im besonderen Maße verfolgen, in welcher Weise und mit welcher Wirkung *staatliche* Geschichtspolitik sich gegenüber konkurrierenden Bemühungen vieler gesellschaftlich wichtiger Gruppen, der meisten Medien und fast aller Verbände, die sich mit Geschichte beschäftigten, in Schleswig-Holstein verhielt, ob sie sich gegen Widerstand

⁷¹ Grenzfriedenshefte, hrsg. vom Grenzfriedensbund, Flensburg.

durchsetzte, opponierende Strömungen aufnahm oder sich gar an die Spitze einer Geschichtsbewegung „von unten“ setzte.

Ansatzpunkte dafür, in welchem Maße der Paradigmenwechsel praktische Auswirkungen zeitigen könnte, lassen sich auf verschiedenen Ebenen finden. Neben der Arbeit des IZRG und seiner landesweiten Resonanz wären etwa die Presseberichte über Jahrestage, Geschichtsfeste und historische Feiern systematisch auszuwerten.⁷² Ferner verspricht die Untersuchung von Materialien für den Schulunterricht einen erheblichen Erfolg. Es dürfte kein Zufall sein, dass etwa Ende der 80er Jahre die Handreichungen zum Geschichtsunterricht, die sich mit dem Nationalsozialismus befassten und von Wolfgang Weimar zusammengestellt worden waren, „verschwanden“.⁷³

Die Untersuchung dieser Aspekte kann sich – und das verleiht ihr die notwendige Tiefenschärfe – zugleich auf den Vergleich mit der dänischen Geschichtspolitik stützen, die derartigen massiven Schwankungen nicht in diesem Maß unterworfen war. Neueste dänische Untersuchungen mehrten allerdings die Vermutung, dass es in der dänischen Geschichtspolitik neben Kontinuitäten auch Diskontinuitäten gibt, deren Analyse gegenwärtig in Dänemark mit Nachdruck betrieben wird. Unter transnationalem Aspekt ist hierbei besonders von Bedeutung, inwieweit hier eine gegenseitige Beeinflussung festzustellen sein könnte. Waren es also nicht nur schleswig-holsteinische und bundesdeutsche, sondern auch Zwänge, die sich aus der Grenzregion ergaben, die zu einer gemeinsamen Neuentdeckung der nationalsozialistischen Vergangenheit in beiden Regionen – unter je verschiedener Fragestellung beigetragen haben? War es womöglich dem Drängen der jeweiligen Minderheiten zu verdanken, dass die Rolle der jeweiligen Länder im Nationalsozialismus nun nicht länger durch eine „Meistererzählung“ über Grenzprobleme und die Schwierigkeiten der Integration von Minderheiten verdeckt, sondern nun aufgedeckt werden konnte? Gab es also von dort einen Zwang, das Thema langsam aufzunehmen? Wirkten die beiden Minderheiten gar als Stachel in der offiziellen Geschichtspolitik? Und schließlich: Wurde in Schleswig-Holstein nicht nur ein Trend angenommen, der ganz Europa allmählich erfasste und eine Neubeurteilung des Nationalsozialismus vorantrieb? Das heißt: Was auf den ersten Blick wie anspruchslose Regionalgeschichte anmutet, erweist sich somit als ein Zugang, der es erlaubt, regionale, nationale und den transnationale Aspekte aufs engste miteinander zu verbinden und auf diese Weise neue Einsichten auch für Fragen verspricht, die sich jenseits der Region bewegen.

Arbeitsschwerpunkte, Methoden und Quellen

Aus diesen Überlegungen ergibt sich, dass eine Untersuchung der Geschichtspolitik in Schleswig-Holstein nach 1945 sinnvoller Weise unter *drei verschiedenen Aspekten* – und in drei Arbeitsprojekten – durchgeführt werden sollte. Zugleich ist bei allen drei Untersuchungen darauf zu achten, dass sie den Zusammenhang mit der Entwicklung in Deutschland, Dänemark und Europa insgesamt berücksichtigen und den Vergleich mit der Entwicklung in anderen Bundesländern suchen.

⁷² Paradigmatisch für die Geschichtspolitik der Regierung von Hassel ist etwa die Feier „500 Jahre Vertrag von Riepen“ zu nennen, die von der Landesregierung, der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte und dem Schleswig-Holsteinischen Heimatbund gemeinsam veranstaltet wurde und ihren Höhepunkt in einer Rede des Ministerpräsidenten besaß. Dokumentation: 500 Jahre Vertrag von Riepen, Neumünster 1960.

⁷³ Quellen z. Gesch. Schleswig-Holsteins, hrsg. v. Institut f. regionale Forsch. u. Information u. dem Landesinstitut Schlesw.-Holst. f. Praxis u. Theorie d. Schule, Teil V: Geschichtlicher Hintergrund, Hinweise u. Anregungen. Der Beitrag v. Weimar S. 91-96.

1. Für das erste Arbeitsfeld ist eine Untersuchung der Bedeutung und der Funktion von „Grenzkampf“, „Grenzveränderungen“ und „Grenzankennungen“ sowohl im Selbstverständnis der schleswig-holsteinischen Politik als auch in der offiziell und offiziös initiierten Geschichtspolitik nach 1945 notwendig. Zugleich ist dabei die Perspektive des „Widerparts“ in Dänemark in die Untersuchungen zu integrieren. Auf diese Weise kann die notwendige Tiefenschärfe gewonnen werden. Zu fragen ist nach den Zielen, sowie nach der Wirkung (sowie nach Kontinuitäten und eventuellen Veränderungen) in der staatlichen und offiziösen Geschichtspolitik, diesseits und jenseits der deutsch-dänischen Grenze.

Im Mittelpunkt dieser Untersuchung sollte auf deutscher Seite die Politik des *Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes* (SHHB) stehen. Er kann bis in die Gegenwart hinein sowohl als konservativer, wie zeitweilig auch als durchaus fortschrittlicher Agitator (insbesondere in der Ära Ronneburger) für die Formung eines „offiziösen“ Geschichtsbewusstseins in Schleswig-Holstein bezeichnet werden, gerade auch was die Problematik der Grenzen und des „Grenzkampfes“ angeht. In seiner Geschichtspolitik spiegeln sich mithin Kontinuität, aber auch Wandel in der schleswig-holsteinischen Geschichtspolitik in Bezug auf die Wahrnehmung von Grenzen und ihrer jeweiligen „richtigen“ Interpretation.

Seine erfolgreiche – und trotz optimaler Quellenlage – bislang nicht systematisch erforschte Geschichtspolitik stellt insofern den geschichtspolitischen Kristallisationspunkt dar, um den sich die Bemühungen der Landesregierung, die den SHHB massiv subventionierte, aber auch verschiedener Grenzvereine gruppieren lassen.⁷⁴ Vor diesem Hintergrund können mit dieser Geschichtspolitik konkurrierende Vereine mit konkurrierenden Publikationsorganen (wie etwa die „Grenzfriedenshefte“) analysiert werden, die ein ganz anderes Geschichtsbild favorisierten und auch kommunizierten und den Nationalsozialismus und seine Folgen für das Land völlig anders interpretierten. Eine solche Analyse kann zudem in Fragestellungen integriert werden, die im gegenwärtigen Europa von großer Virulenz sind – dem allgemeinen Problem der Integration von Minderheiten.⁷⁵

Quellenlage

Die Untersuchung auf diesem Feld kann auf eine Fülle von Materialien und Quellen (einschließlich Oral History) zurückgreifen, offiziöse, private und öffentliche geschichtspolitische Erklärungen in verschiedenen Zeitebenen aufnehmen und nach Kontinuitäten und Diskontinuitäten untersuchen. Es gibt zudem eine Fülle von Vereinen (SHHB, Nordfriesischer Verein, Verein für Dithmarscher Geschichte und Landeskunde, Stadtgeschichtsvereine in Flensburg, Schleswig, Kiel, Friedrichstadt, Heimatverein Rendsburg) die sich dieser Problematik angenommen haben und auch eigene Publikationsorgane und Archive besitzen. In diesen Zusammenhang ist auch an eine Analyse der Tätigkeit des SSW, der politischen Vertretung der dänischen Minderheit im Schleswig-Holsteinischen Landtag,⁷⁶ sowie der Tätigkeit der Vertretung der deutschen Minderheit in Südjütland (Schleswigsche Partei) gedacht.

⁷⁴ Zur Politik des SHB vergleiche die (veraltete) Selbstdarstellung: 20 Jahre Schleswig-Holsteinischer Heimatbund, Neumünster 1968.

⁷⁵ Vgl. dazu Kühl/Bohn (Hrsg.): Ein europäisches Modell?, 2005. Dort geht es aber vor allem um Analyse von „Geschichte“ und nicht um die Analyse von Geschichtspolitik.

⁷⁶ Vgl. dazu Kühl, Jørgen: Dänische Minderheitenpolitik in Deutschland. Südschleswiger Wählerverband (SSW), in: Kühl/Bohn (Hrsg.), Ein europäisches Modell?, 2005, S. 142-205; Henningsen, Lars N./Klatt, Martin/Kühl, Jørgen: SSW. Dansksindet politik i Sydslesvig 1945-1998, Flensburg 1998. S. 142-205.

Archivalische Unterlagen dazu befinden sich u.a. in der Centralbibliotek for Sydslesvig in Flensburg, aber auch im Rigsarkivet, Kopenhagen und im Landesarkivet for Sønderjylland, Aabenraa.

Im Mittelpunkt der Überlieferung auf deutscher Seite steht das Depositum des SHHB, das im Landearchiv Schleswig liegt und das erstmalig für diese Untersuchung freigegeben worden ist. Dieses Depositum wird mit Hilfe des SHHB und des Landesarchivs derzeit für eine Benutzung vorbereitet.

2. Das zweite Arbeitsfeld wird sich auf eine systematische Untersuchung des Stellenwerts und der Rolle von Minderheiten in der schleswig-holsteinischen, bzw. der dänischen Geschichtspolitik seit 1945 unter dem Gesichtspunkt der Stabilisierung des jeweiligen Territoriums nach innen und außen konzentrieren. Die Minderheitenproblematik hat Politik und Geschichtspolitik in Schleswig-Holstein und Dänemark maßgebend beeinflusst, bzw. sie wurde ihrerseits (in Inhalt, Interpretationsmustern und Bewertung) selber durch die Konstruktionen der Geschichtspolitik beeinflusst. Dies gilt für diesseits und jenseits der deutsch-dänischen Grenze. Dabei ist sowohl auf Kontinuitäten und Diskontinuitäten, als auch auf ähnliche oder verschiedene Bewältigungs- und Konstruktionsmustern zu achten. Auch die (verschiedenen) Arten der Kodierung und Decodierung dieser Muster in der Bevölkerung – Ähnlichkeiten oder Unterschiede – werden dabei berücksichtigt. Wie und was wird in der Geschichtspolitik jeweils als Minderheit und als Mehrheit (auf dem gleichen Territorium oder in der Gesamtregion) wahrgenommen? Wie werden die Probleme (jeweils umgekehrt) von den jeweilig „Anderen“, die umgekehrt von der Minderheit zum Staatsvolk werden, gesehen, betrieben und wahrgenommen? Gibt es nationale, lokale und hybride Identitäten und Mechanismen ihrer Konstruktion und wie sind diese in die Geschichtspolitik einzuordnen? Gibt es Kooperationen und lassen sich zeitliche Veränderungen feststellen?

Dabei ist zugleich auf eine Kontextualisierung in die deutsche aber auch die europäische Politik zu achten und der Frage nachzugehen, ob sich eventuell ein Paradigmenwechsel in Bezug auf die Frage angebahnt haben könnte, wer heutzutage im christlichen Norden eine Minderheit darstellte, die für Dänen und Deutsche zugleich „fremd“ und „anders“ ist. Wird das nationale Paradigma möglicherweise durch ein religiöses Paradigma abgelöst und welche Folgen könnte das für die Geschichtspolitik in beiden Ländern haben?

Quellenlage

Auch hier sind die unter 1. genannten Quellen systematisch auszuwerten. Insbesondere wären hier offizielle Quellen – Gesetze, Regelung, Landtagsdebatten etc. – ebenso zu berücksichtigen wie halboffizielle – Zeitungen, Zeitschriften, Medien generell, populäre Literatur – und private (Oral History): Befragungen der jeweiligen Minderheiten in unterschiedlichen Generationen. Von besonderem Wert sind die Archive des SSW (im Landesarchiv Schleswig) sowie der Schleswigschen Partei (im Archiv/Historische Forschungsstelle für die deutsche Volksgruppe).

Auf dänischer Seite wären zusätzlich noch folgende Archive zu nennen: Rigsarkiv, Kopenhagen, Kgl. Bibliothek, Kopenhagen, Landsarkivet, Apenrade; Dansk Centralbibliotek for Sydslesvig (DCB).

3. Von großem Wert – und zentral für alle drei Studien insgesamt - ist schließlich eine Untersuchung, die sich mit der offiziellen Geschichtspolitik in beiden Ländern seit 1945 (mit dem Schwerpunkt auf Schleswig-Holstein) und – das gilt insbesondere für Schleswig-Holstein – vor allem mit den Brüchen in den 80er Jahren befasst. Diese offizielle Geschichtspolitik schlägt sich u.a. in den gemeinsamen Erklärungen der deutschen und dänischen Regierungen, in regionalen Vereinbarungen, regionalen Festen und deren Kultur, vor allem aber auch in den großen parlamentarischen Debatten der 80er Jahre (beispielhaft an der Person Kurt Hamers, SPD), der Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung, des Engagements der diversen Geschichtsvereine, der Gründung und der Arbeit des IZRG und der „Politik“ der wichtigsten historischen Zeitschriften (Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte und Demokratische Geschichte), nicht zuletzt aber auch in den Lehrplänen der Schulen in beiden Ländern nieder.

Als „materieller Kern“ sollte dabei die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und seiner Aufarbeitung und deren Funktion im Sinne einer Identität stiftenden Ideologie stehen. Neben der Analyse der tatsächlichen Veränderung der geschichtspolitischen Ziele (oder auch nicht) in den 80er Jahren wäre zugleich die „Eindringtiefe“ solcher geschichtspolitischen Bemühungen insgesamt zu untersuchen, um damit die Bedeutung des Problemkomplexes „Geschichtspolitik“ in einen auch empirisch abgesicherten Rahmen zu stellen. Besonders hier kann der Vergleich mit Dänemark – das diese geschichtspolitischen Brüche nicht in diesem Maße oder doch erst sehr spät erlebte – wichtige Hinweise auf ein fundiertes Urteil liefern.

Die Untersuchung hätte sich zugleich in den Kontext der sich wandelnden Geschichtspolitik in anderen Bundesländern, der Bundesrepublik Deutschland sowie der europäischen Dimension zu integrieren – und dabei Gemeinsamkeiten und Besonderheiten wahrzunehmen, darzustellen und zu erklären.

Quellenlage

Die Untersuchung kann in diesem Bereich auf die (jetzt zugänglichen) Quellen der dänischen Regierung sowie der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung und der einzelnen Ministerien zurückgreifen, dazu auf Nachlässe der agierenden Politiker aus den einzelnen Fraktionen etwa Wilhelm Lüdemann, Kurt Hamer, SPD, Theodor Steltzer, Friedrich Wilhelm Lübke CDU und Samuel Münchow, Berthold Bahnsen SSW). Weiterhin gibt es Aktenmaterial bei der Landeszentrale für Politische Bildung, im IZRG (dem der Antragssteller als Direktor seit dem Jahre 2000 angehört) sowie bei der Gesellschaft für schleswig-holsteinische Geschichte. Hinzu kommt ausgesprochen umfangreiches Material aus dem Bereich der parlamentarischen Debatten, besonders aus den frühen 50er und den 80er Jahren.

Da viele der an diesen Ereignissen Beteiligten noch am Leben sind, kann auch in hohem Maße auf „Oral History“ zurückgegriffen werden. Hinzu kommt eine umfangreiche Publizistik, die den gesamten Komplex der Geschichtspolitik intensiv begleitet hat. Notwendig wird es sein, weitere Multiplikatoren – also eine Ebene unterhalb der Akteure – wie Lehrer, Redakteure, Verbandsvorsitzende, regionale Politiker, Journalisten u.a. in die qualitativen Interviews einzubeziehen, um sinnvolle Aussagen über die Wirkungen der Geschichtspolitik machen zu können.

Dies gilt auch für die dänische Seite. An Archiven, aus denen Informationen zu entnehmen wären seien zu nennen: Landsarkivet for Sønderjylland, Aabenra, Historisk Samfund for Sønderjylland und Graenseforenigen, Kopenhagen.

Auswahlbibliographie

- Berking, Helmuth (Hrsg.): Die Macht des Lokalen in einer Welt ohne Grenzen, Frankfurt/M. 2006
- Binder, Beate/ Kaschuba, Wolfgang/ Niedermüller, Peter (Hrsg.): Inszenierung des Nationalen. Geschichte, Kultur und die Politik der Identitäten am Ende des 20. Jahrhunderts, Köln 2001
- Bock, Petra/ Wolfrum, Edgar (Hrsg.): Umkämpfte Vergangenheit. Geschichtsbilder, Erinnerung und Vergangenheitspolitik im internationalen Vergleich, Göttingen 1999
- Brumlik, Micha/ Funke, Hajo (Hrsg.): Umkämpftes Vergessen: Walser – Debatte, Holocaust – Mahnmal und neuere deutsche Geschichtspolitik, Berlin 2000
- Budde, Gunilla/Conrad, Sebastian/Janz, Oliver (Hrsg.): Transnationale Geschichte. Themen, Tendenzen und Theorien, Göttingen 2006
- Callies, Jörg/ Vögele, Wolfgang (Hrsg.): Über Vergangenheit urteilen. Wie Wissenschaft, Kunst und Politik Geschichtskultur gestalten, Rehbürg-Loccum 2001
- Conrad, Sebastian: Doppelte Marginalisierung. Plädoyer für eine transnationale Perspektive auf die deutsche Geschichte, in: GG 28 (2002), S.145-169
- Cornelißen, Christoph: Der lange Weg zur historischen Identität. Geschichtspolitik in Nordrhein-Westfalen seit 1946, in: Schlemmer, Thomas/ Woller, Hans (Hrsg.): Bayern im Bund, Bd. 3: Politik und Kultur im föderativen Staat 1949 bis 1973, München 2004, S. 411-484
- Ders./ Holec Roman/Pešek, Jiří (Hrsg.): Diktatur - Krieg - Vertreibung: Erinnerungskulturen in Tschechien, der Slowakei und Deutschland seit 1945, Essen 2005
- Ders. (Hrsg.): Erinnerungskulturen: Deutschland, Italien und Japan seit 1945, 2. Aufl., Frankfurt/M. 2004
- Danker, Uwe/Schwabe, Astrid: Schleswig-Holstein und der Nationalsozialismus, Neumünster 2005
- Frei, Norbert: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1996
- Fröhlich, Claudia/ Heinrich, Horst-Alfred (Hrsg.): Geschichtspolitik: Wer sind ihre Akteure, wer ihre Rezipienten?, Stuttgart 2004
- Hansen, Reimer u.a. (Hrsg.): Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzgebiet, Kiel 1993
- Hardtwig, Wolfgang: Geschichtsbilder und Geschichtspolitik, Göttingen 1998
- Jahnke, Carsten: Die Borussifizierung des schleswig-holsteinischen Geschichtsbewusstseins, 1866-1889, in: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte 130 (2005), S. 161-190
- Jeismann, Michael: Auf Wiedersehen Gestern. Die deutsche Vergangenheit und die Politik von morgen, München 2001
- Kaschuba, Wolfgang: Geschichtspolitik und Identitätspolitik. Nationale und ethnische Diskurse im Vergleich, in: Binder, Beate/ Kaschuba, Wolfgang/ Niedermüller, Peter (Hrsg.): Inszenierung des Nationalen. Geschichte, Kultur und die Politik der Identitäten am Ende des 20. Jahrhunderts, Köln 2001, S. 19-42.
- Kludt, Michael: Geschichtspolitik: Die Kontroversen um Goldhagen, die Wehrmachtsausstellung und das „Schwarzbuch des Kommunismus“, Köln 2000
- Knoch, Habbo: Das Erbe der Provinz. Heimatkultur und Geschichtspolitik nach 1945, Göttingen 2001
- König, Frank: Politische Gedenk- und Feiertage in der Bundesrepublik Deutschland. Tage des Vergessens oder geschichtspolitisches Mittel mit Zukunft?, Berlin 2003

- König, Helmut: Von der Diktatur zur Demokratie oder: Was ist Vergangenheitsbewältigung, in: ders./Kohlstruck, Michael/ Wöll, Andreas (Hrsg.): Vergangenheitsbewältigung am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts, in: Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Sonderheft 18/1998, S. 371-392
- Körner, Hans-Michael: Geschichtspolitik im Königreich Bayern 1806-1918, in: Mütter, Bernd/Schönemann, Bernd/Uffelman, Uwe (Hrsg.): Geschichtskultur. Theorie – Empirie – Pragmatik, Weinheim 2000, S.76-84
- Körner, Klaus: Wie aus Tätern Opfer wurden: Zur Geschichtspolitik der Berliner Republik, Hamburg 2005
- Kühl, Jørgen/Bohn, Robert (Hrsg.): Ein europäisches Modell? Nationale Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzland 1945-2005, Bielefeld 2005
- Leggewie, Claus/ Meyer, Erik: „Ein Ort an den man gerne geht“. Das Holocaust Mahnmal und die deutsche Geschichtspolitik nach 1989, München 2005
- Lenz, Claudia/Mattauschek, Isabella: Geschichtspolitik und Erinnerungskultur in Dänemark und Norwegen aus der Perspektive intergenerationeller Tradierung, in: Kulturwissenschaftliches Institut (Hrsg.): Jahrbuch 2005, S. 65-78
- Leonhard, Nina: Politik- und Geschichtsbewusstsein im Wandel: die politische Bedeutung der nationalsozialistischen Vergangenheit im Verlauf von drei Generationen in Ost- und Westdeutschland, Münster 2002
- Löw, Martina: Raumsoziologie. Frankfurt/M. 2001
- Mayer, Christian: Das Verschwinden der Gegenwart. Über Geschichte und Politik, München 2001
- Meyer, Erik: Erinnerungskultur als Politikfeld. Geschichtspolitische Deliberation und Dezision in der Berliner Republik, in: Bergem, Wolfgang (Hrsg.): Die NS-Diktatur im deutschen Erinnerungsdiskurs, Opladen 2003, S. 127-136
- Neuhaus, Friedemann: Geschichte im Umbruch: Geschichtspolitik, Geschichtsunterricht und Geschichtsbewusstsein in der DDR und den neuen Bundesländern, Frankfurt/M. 1998
- Petri, Rolf: Nordschleswig und Südtirol. „Heimat“ im Kontext multipler Identitäten (1815-1945), in: ders./Müller, Michael G. (Hrsg.): Die Nationalisierung von Grenzen. Zur Konstruktion nationaler Identität in sprachlich gemischten Grenzregionen, Marburg 2002, S. 161-197
- Reichel, Peter: Politik mit der Erinnerung. Gedächtnisorte im Streit um die nationalsozialistische Vergangenheit, München/Wien 1995
- Ders.: Vergangenheitsbewältigung in Deutschland, München 2001
- Salzborn, Samuel: Geschichtspolitik in den Medien. Die Kontroverse über ein „Zentrum gegen Vertreibungen“, in: ZfG 51 (2003), S.11-20
- Schmid, Harald: Erinnern an den „Tag der Schuld“. Das Novemberpogrom von 1938 in der deutschen Geschichtspolitik, Hamburg 2001
- Schönhoven, Klaus: Geschichtspolitik: Über den öffentlichen Umgang mit Geschichte und Erinnerung, Bonn 2003
- Schroer, Markus: Räume, Orte, Grenzen. Auf dem Weg zu einer Soziologie des Raums, Frankfurt 2006
- Schuster, Armin: Die Entnazifizierung in Hessen 1945 – 1954: Vergangenheitspolitik in der Nachkriegszeit, Wiesbaden 1999
- Seybold, Dietrich: Geschichtskultur und Konflikt. Historisch-politische Kontroversen in Gesellschaften der Gegenwart, Bern 2005
- Speth, Rudolf (Hrsg.): Politische Mythen und Geschichtspolitik: Konstruktion, Inszenierung, Mobilisierung, Berlin 1996

Stanford Friedman, Susan: Das Sprechen über Grenzen, Hybridität und Performativität, in: Mittelweg 36 (2003), S. 34-52

Steinbach, Peter: Erinnerung und Geschichtspolitik, in: Universitas 50 (1995), S. 181-194 und 285-294

Vollhardt, Ulla-Britta: Geschichtspolitik in Bayern. Das Haus der Bayerischen Geschichte zwischen Privatinitiative und Institutionalisierung, München 2003

Wächter, Matthias: Der Mythos des Gaullismus. Heldenkult, Geschichtspolitik und Ideologie 1940-1958, Göttingen 2006

Wehler, Hans Ulrich: Politik in der Geschichte, München 1998

Werner, Michael/Zimmermann, Bénédicte: Vergleich, Transfer, Verflechtung. Der Ansatz der Histoire croisée und die Herausforderung des Transnationalen, in: GG 28 (2002), S.606-636

Wilckens, Ulrich: Der öffentliche Gebrauch der Geschichte, in: Wiebe, Hans-Hermann (Hrsg.): Die Gegenwart der Vergangenheit. Historikerstreit und Erinnerungsarbeit, Bad Segeberg 1989

Winkler, Heinrich August: Der Griff nach der Deutungsmacht: Zur Geschichte der Geschichtspolitik in Deutschland, Göttingen 2004

Witt, Reimer (Hrsg.): Im Spannungsfeld zwischen Regional- und Landesgeschichte, Schleswig 2003

Wolfrum, Edgar: Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948 – 1990, Darmstadt 1999

Ders.: Geschichte als Waffe. Vom Kaiserreich zur Wiedervereinigung, Göttingen 2001

Ders.: Geschichte als Politikum – Geschichtspolitik, in: NPL 41 (1996), S. 376-401

Zimmerer, Jürgen (Hrsg.): Verschweigen - erinnern - bewältigen: Vergangenheitspolitik nach 1945 in globaler Perspektive, Leipzig 2004